



AGRARHANDEL
ATOMPOLITIK
AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN

■ ANALYSE	
Aktuelle Trends im ukrainischen Agrarhandel	2
Von Kateryna Zelenska, Wuppertal	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Daten zur ukrainischen Landwirtschaft	6
<hr/>	
■ KOMMENTAR	
Die unersetzliche Atomenergie	9
Von Olga Koscharnaja, Kiew	
Die Risiken der Abhängigkeit von Atomkraftwerken in der Ukraine	13
Von Iryna Holovko, Kiew	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die Ukraine als Nuklearstromproduzent im internationalen Vergleich	15
Die Kennzahlen des ukrainischen Nuklearsektors	17
Die Kernkraftwerke der Ukraine nach Laufzeit	19
■ UMFRAGE	
Die Meinung der Ukrainer zur Kernenergie	19
<hr/>	
■ STATISTIK	
Aktuelle Wirtschaftsdaten	22
<hr/>	
■ CHRONIK	
25. April – 8. Mai 2016	26



Aktuelle Trends im ukrainischen Agrarhandel

Von Kateryna Zelenska, Wuppertal

Zusammenfassung

Politische Instabilität, Verlust der Territorien sowie die Abwertung der Nationalwährung bereiten in der Ukraine allen Wirtschaftsbranchen Probleme. Zugleich sind die Exportbedingungen in den Zeiten billiger Währung besonders günstig. Davon können in erster Linie Agrarproduzenten profitieren, weil viele landwirtschaftliche Waren aus der Ukraine dem internationalen Wettbewerb standhalten können. Ausgehend von dieser Problemstellung versucht dieser Artikel, aktuelle Entwicklungstendenzen im ukrainischen Agrarhandel zu schildern und Wege aufzuzeigen, die zur Steigerung der Agrarexporte führen könnten.

Aktuelle Daten der Agrarwirtschaft

Der Anteil der Agrarproduktion am ukrainischen BIP stieg von 7,5 Prozent im Jahr 2008 auf 10,7 Prozent im Jahr 2015 (s. Grafik 1 auf S. 6). Würden die verarbeitende Industrie und die Hersteller landwirtschaftlicher Produktionsmittel hinzugerechnet, erreichte der Gesamtanteil der agrarbezogenen Produktion 22 Prozent.

Auch die Rentabilität im Landwirtschaftssektor wächst. Laut ukrainischer Statistik kam sie im Jahr 2015 circa 45 Prozent aus. Zum Vergleich: Im Jahr 2014 waren es 26 Prozent. Die rasante Zunahme der Rentabilität betraf sowohl die Pflanzen- als auch die Tierproduktion. Sie belief sich auf 50 Prozent und 22 Prozent (29 Prozent und 13 Prozent im Vorjahr). Offensichtlich liegen die durchschnittlichen Profite im Tiersektor deutlich hinter der Pflanzenproduktion. In beiden Bereichen gibt es eindeutige Branchenführer: der Getreidesektor mit 80 Prozent und die Eierproduktion mit 61 Prozent Rentabilität. Dementsprechend wachsen die durchschnittlichen Einkünfte der Agrarunternehmen. Allerdings sind laut Statistik die Gewinne in der Tierproduktion um das Fünffache niedriger als im Pflanzensektor (etwa 42 Milliarden Hrywnja im Gegensatz zu fast 237 Milliarden Hrywnja).

Die ukrainische Agrarhandelsbilanz machte 2015 wieder ein Plus in Höhe von 11,1 Milliarden US-Dollar. Landwirtschaftliche Exporte machten 2015 38 Prozent der Gesamtexporte aus (s. Grafik 2 auf S. 7). Laut Statistik ist Asien die wichtigste Region für ukrainische Agrarexporte (45 Prozent der Exporte). Den zweiten Platz belegt die EU (40 Prozent der Exporte, im Jahr 2014 28 Prozent) (s. Grafik 3 auf S. 7). In einer Auswertung nach Ländern belegt China Platz 1 (10,5 Prozent), gefolgt von Spanien (9,5 Prozent), Indien (9,1 Prozent) und den Niederlanden (7,6 Prozent).

Was sind die Exportschlager?

Traditionell ist die Ukraine im Getreide- und Ölpflanzensektoren exportstark. Diese Tendenz setzt sich fort. Seit 2014 ist die Ukraine der drittgrößte Getreideexporteur

der Welt, übertroffen nur von den USA und der EU. Den Prognosen nach kann die einheimische Getreideproduktion noch um bis zu 50 Prozent zunehmen.

Momentan ist die steigende Leistung eher extensiv als intensiv Produktionsmethoden zu verdanken. 69 Prozent des ukrainischen Territoriums sind potenziell landwirtschaftlich nutzbare Flächen (41,6 Millionen Hektar). Davon wird lediglich die Hälfte (circa 20,6 Millionen Hektar) unmittelbar landwirtschaftlich genutzt. Daher wird schon jetzt 60 Prozent der gesamten Anbaufläche für die am häufigsten exportierten Getreidesorten (Weizen, Mais und Gerste) verwendet. Die Ernteerträge schwanken und erreichen deshalb nicht die maximal mögliche Ausbeute.

Die wichtigsten Absatzmärkte für ukrainisches Getreide bleiben die arabischen Länder. Ägypten erwirbt jährlich 20–30 Prozent der gesamten Weizenexporte und 10–20 Prozent der Maisexporte. 65–70 Prozent der Gersteausfuhren gehen nach Saudi Arabien. Der neue Partner der Ukraine ist China, ein Land mit einem äußerst geschützten Agrarmarkt. Die Ukraine exportiert 20 Prozent ihres Maises in dieses Land und hat in den letzten Jahren rechtliche Bedingungen für weitere Agrarexporte geschaffen.

Im Vergleich zu Asien importieren die europäischen Länder deutlich weniger Getreide aus der Ukraine. Der größte Importeur in diesem Segment ist Spanien. Das Land kauft circa 7 Prozent der ukrainischen Weizenexporte und 8–13 Prozent des Maises. Auch die Niederlande sind unter den wichtigsten Käufer von ukrainischem Mais (6–12 Prozent).

Im laufenden Jahr werden Weizenexporte auf einem Rekordniveau von 35 Millionen Tonnen erwartet. Das lässt sich zum Teil damit erklären, dass Agrarproduzenten die weniger rentable Maisproduktion durch Weizenanbau ersetzen. Darüber hinaus schafft die niedrige inländische Nachfrage Anreize für den Export von Weizenmehl. Dieser ist im letzten Jahr um 25 Prozent gestiegen. Dennoch führt dies momentan nicht zu einem Anstieg der Mehlproduktion.

Die Ukraine ist der unumstrittene Weltmarktführer im Anbau und in der Verarbeitung von Sonnenblumenkernen. Nachdem die Regierung Mitte der neunziger Jahre einen Exportzoll auf Sonnenblumenkerne eingeführt und damit deren Ausfuhr weniger attraktiv gemacht hat, stieg die Herstellung von Sonnenblumenöl in der Ukraine. In den letzten Jahren brachten die Ölproduzenten im Schnitt 4,1–4,7 Millionen Tonnen pro Jahr auf den Markt. Der größte Teil davon wird exportiert (3,6–4,1 Millionen Tonnen pro Jahr). Zu den wichtigsten Importeuren gehören Indien (circa 30 Prozent der Gesamtexporte), der Iran, die Türkei und China.

Andere Ölsaaten, für die die Ukraine starke Exportpositionen hält, sind Raps und Soja. Diese Agrarkulturen sind ziemlich neu für das Land. Deren zunehmender Anbau ist eher die Antwort auf die steigende internationale Nachfrage.

Die ukrainische Bevölkerung konsumiert kaum Sojaprodukte. In der Ukraine dient Soja nur als Futtermittel. Die Hälfte der Sojaernte wird exportiert (1,2–2,3 Millionen Tonnen von 2,7–3,8 Millionen Tonnen). Unter den größten Importeuren befinden sich Italien, die Türkei, Spanien und Griechenland. Dagegen wird die gewonnene Menge an Sojaöl fast in vollem Umfang exportiert (130.000–150.000 Tonnen pro Jahr). Polen und Spanien nehmen mehr als eine Hälfte davon ab.

Der ukrainische Raps wird fast ausschließlich für Exporte angebaut. Von den 2,1–2,3 Millionen Tonnen jährlicher Ernte werden 2,0–2,2 Millionen ausgeführt, hauptsächlich in die EU (Frankreich, die Niederlande, Belgien, Deutschland, Polen und Portugal). Dadurch unterstützen ukrainische Bauern die EU-Biokraftstoffregulierung.

Nach Angaben des Verbandes der ukrainischen Pflanzenölproduzenten steigt momentan die ukrainische Rapsölproduktion (2015/2016 um 30 Prozent). Die Sonnenblumenproduktion ist nicht ausreichend, um die Kapazitäten der Ölraffinerien zu decken. Die Rapsölexporte sind mangels inländischer Nachfrage um 45 Prozent gewachsen. Die EU, China und Indien sind die wichtigsten Abnehmer in diesem Segment (entsprechend 61 Prozent, 24 Prozent und 10 Prozent). Bei einer günstigen Außenhandelskonjunktur kann man eine weitere Zunahme der Rapsölherstellung erwarten, da lediglich 20 Prozent des angebauten Rapses verarbeitet werden.

Die Ukraine eröffnet auch neue Exportsegmente. Seit 2015 ist das Land Nettoexporteur von Geflügelfleisch (circa 62.000 Tonnen pro Jahr). Der Irak importiert über 30 Prozent des ukrainischen Geflügelfleisches. In der EU sind die Niederlande der größte Importeur für diese Produkte (circa 5.000 Tonnen im Jahr 2015). Jedoch bleibt die Geflügelproduktion die einzige

Erfolgsgeschichte im ukrainischen Tiersektor. Milch- und Rindfleischproduktion stagnieren wegen schwankender Rentabilitäten, die durch volatile Futterpreise verursacht werden.

Der Faktor Russland

Im Jahr 2013 leitete Russland die ersten Strafmaßnahmen für ukrainische Agrargüter ein. Es ging um angeblich nicht eingehaltene Lebensmittelstandards für Käse und Schokolade aus der Ukraine. Im darauffolgenden Jahr verbot Russland nach und nach Milchprodukte, Schweinefleisch, Obst und Gemüse, Säfte, alkoholische Getränke und Ölsaaten ukrainischer Herkunft. Die Maßnahmen waren meistens durch sanitäre und phythosanitäre Bedenken begründet. Auch die industriellen Exporte waren betroffen. Damit hat Russland die Freihandelszone mit der Ukraine zum größten Teil *de facto* lahmgelegt.

Seit 1. Januar 2016 gilt ein Embargo für Exporte ukrainischer Lebensmittel nach Russland (Verordnung N 1397/2015). Aus russischer Sicht können nach dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine Agrargüter aus der EU den russischen Markt durch die Ukraine zollfrei erreichen. Die russische Regierung verhängte im August 2014 ein bis heute gültiges Importverbot für Agrarprodukte aus der EU. Dies geschah in Reaktion auf die europäischen Sanktionen gegen Russland. Aus diesem Grund ist eine Zufuhr von europäischen Lebensmittel über den Umweg Ukraine nach Russland politisch nicht gewollt.

Die ukrainische Landwirtschaft traf das Embargo nicht so abrupt wie die europäischen Agrarproduzenten. Wenn 2012, noch vor Beginn der politischen Spannungen zwischen den Ländern, 11 Prozent der ukrainischen Agrargüter in Russland landeten, so sind die Agrarexporte zum nördlichen Nachbarn nach 2013 drastisch gesunken. Sie betragen im Jahr 2014 6 Prozent und im Folgejahr lediglich 2 Prozent der Gesamttagarexporte. Die GUS-Märkte sind für die Ukraine vor allem aufgrund der Nachfrage nach Lebensmitteln (Agrarwaren mit hohem Verarbeitungsgrad), das heißt unter anderem Süßigkeiten, Milch- und Fleischprodukte attraktiv. Seit der Schließung des russischen Marktes hat die ukrainische Milchproduktion ein Rekordtief erreicht. Negative Tendenzen gibt es auch in der Eierproduktion.

Freihandel mit der EU als Wachstums-Chance

Seit Beginn der 2000er Jahre steigt der Austausch von Agrarwaren zwischen der EU und der Ukraine an. Nach Informationen der Europäischen Kommission belegte die Ukraine im Jahre 2015 den 22. Platz unter den wichtigsten Agrarimporteuren der EU (1,1 Prozent der

gesamten EU-Agrarexporte im Wert von 1,35 Milliarden Euro). Die Agrarexporte aus der EU in die Ukraine satgnieren jedoch seit 2014 angesichts der schwachen Hrywnja und der fallenden Einkommen der ukrainischen Bevölkerung.

Zugleich ist die Ukraine auf der Liste der größten Exportpartner der EU deutlich höher platziert (Position 8 mit 3,5 Prozent der EU-Gesamtagrarimporte im Jahr 2015). Das Land exportierte im Jahr 2015 Agrargüter im Wert von über 4 Milliarden Euro in die EU (s. Grafik 4 auf S. 8). Die wichtigsten Exportposten sind traditionell Sonnenblumenöl und Ölsaaten. In diesen Segmenten gibt es hohe Wachstumstendenzen. Zwischen 2009 und 2013 stiegen die Einfuhren ukrainischer Pflanzenöle und ukrainischen Getreides auf 57 Prozent beziehungsweise 39 Prozent.

Seit dem 1. Januar 2016 gibt es zwischen der EU und der Ukraine eine Freihandelszone. Angesichts der komplizierten politischen und wirtschaftlichen Lage in der Ukraine öffnete die EU ihre Märkte für ukrainische Waren bereits im April 2014 (EU-Verordnungen N 374/2014 und N 1150/2014). Das heißt, die EU billigte die einseitige Anwendung der Freihandelsvorschriften aus dem Assoziierungsabkommens. Dadurch erhielt die Mehrheit der Agrarwaren ukrainischer Herkunft zollfreien Zugang zu den EU-Märkten. Allerdings dürfen circa 16 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte (unter anderem Getreide, Fleisch- und Milchprodukte) nur innerhalb bestimmter Zollkontingente zu einem Zollsatz von Null eingeführt werden. Importe über diese Zollkontingente hinaus dürfen nur unter normalen (nicht-präferenziellen) Konditionen ausgeführt werden. Aufgrund dieser Begrenzungen spricht man nicht von freiem Handel, sondern über einen eingeschränkt präferenziellen Marktzugang für ukrainische Waren. Jedoch ist der Agrarhandel in der internationalen Freihandelspraxis in den meisten Fällen eingeschränkt. Dies gilt insbesondere dann, wenn mindestens einer der Handelspartner ein großer Agrarexporteur ist.

Die EU-Zollkontingente für alle von der Ukraine produzierten Getreide werden schnell ausgeschöpft sein. Gleiches gilt für die bescheidenen Zollkontingente für Honig, Tomaten, Zucker und bestimmte Obstsaften. Die Zollkontingente für verarbeitete Getreideprodukte, Ethanol, Zwiebeln und Knoblauch werden dagegen wenig genutzt. Ursachen für diese Ungleichheiten könnten Unterschiede zwischen ukrainischen und europäischen Standards sowie ein Mangel an Interessenten auf EU-Seite sein. Andererseits ist das Verhältnis zwischen dem Produktionsniveau und dem Umfang der Zollkontingente für die betroffenen Agrarwaren auch äußerst ungleich.

Die Wirkung der Zollkontingente auf die Getreideexporte der Ukraine ist nicht deutlich (s. Tabelle 1 auf

S. 8). Laut der Statistik der Europäischen Kommission waren die Weizenimporte 2015 mit den Jahren 2011 und 2012 vergleichbar (circa 7 Prozent der Gesamtagrarexporte). Die Einfuhren von Mais und Gerste haben auch nicht zugenommen (34 Prozent der Gesamtexporte). Dagegen sind die Weizenmehlexporte auf 50 Prozent gestiegen. Jedoch machen sie nur knapp 0,3 Prozent der Gesamtexporte aus.

Bestimmte Handelszugeständnisse der EU könnten jedoch handelsrestriktiv wirken. Dies gilt zum Beispiel für die Zollkontingente für Geflügelfleisch, so die Meinung der Experten der Deutschen Beratungsgruppe beim Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung. Das Zollkontingent von 17.600 Tonnen pro Jahr (16.000 Tonnen im Jahr 2014 und 16.800 Tonnen im Jahr 2015) wird problemlos ausgeschöpft. Jedoch sind Exporte außerhalb des Zollkontingents trotz hoher Nachfrage nach Geflügelfleisch nicht wettbewerbsfähig. Ukrainische Exporteure von gefrorenem Geflügelfleisch haben sogar Schwierigkeiten, für ein Zollkontingent im Umfang von 20.000 Tonnen pro Jahr EU-Handelspartner zu finden. Angeblich ist dieses Marktsegment übersättigt. Dennoch gelten die gegenwärtigen Geflügelfleischexporte in die EU als Errungenschaft. Vor der Einführung der Handelspräferenzen gelangten lediglich 500 Tonnen der ukrainischer Geflügelfleischprodukte jährlich auf den EU-Markt.

Andere Zollkontingente für Tierprodukte sind wegen Qualitätsbedenken von EU-Seite noch nicht freigegeben. Eine Vereinbarung für Milch- und Rindfleischimporte ist noch nicht getroffen worden. Die Einfuhr von Eiern ist seit Frühling 2015 zwar zulässig, wird aber nicht genutzt. Schweinefleischimporte stagnieren wegen des Auftretens afrikanischen Schweinefiebers.

Dagegen genießen Pflanzenölprodukte aus der Ukraine seit 2014 freien Zugang zu den EU-Märkten. Die Ölsaaten konnten auch vor 2014 zollfrei in die EU exportiert werden. Es wurde jedoch eine Erhöhung des Exportvolumens wegen der allmählichen Reduktion von Exportschutzzöllen für Sonnenblumenkerne erwartet. Dieses ist aber stabil geblieben (15,2 Prozent der Agrarexporte).

Die Abschaffung der EU-Importzölle für Sonnenblumenöl aus der Ukraine wurde auch in der Hoffnung auf eine Exportzunahme erwartet. Das Wachstum begann erst 2015/2016. Wahrscheinlich spielte der zollfreie Zugang hier eher eine untergeordnete Rolle. Entscheidend war, dass die EU die spezielle Importkontrolle für Sonnenblumenöl ukrainischer Herkunft im August 2015 außer Kraft setzte.

Auf den ersten Blick sollte der Agrarhandel zwischen der EU und der Ukraine deutliche Vorteile bringen. Im Laufe der ersten zehn Jahre der Umsetzung des Assoziierungsabkommens, so sagte der Deutsch-Ukrai-

nische Agrarpolitische Dialog voraus, werde der Export ukrainischer Agrargüter um 20 Prozent wachsen. Insbesondere würden die Exporte von Getreide, Fleisch und Ölsaaten steigen. Zugleich wird auch der Wettbewerb auf dem ukrainischen Markt zunehmen. Um Zeiten der Wirtschaftskrise mit den europäischen Importen konkurrieren zu können, benötigen ukrainische Bauern mehr staatliche Unterstützung. Der Klub des Ukrainischen Agrarbusiness geht davon aus, dass die Anbaukosten in diesem Jahr um circa 25 Prozent höher als im Vergleich zum Vorjahr sein werden. Dies wird durch die starke Währungsabwertung und die Preiserhöhungen bei importierten Ressourcen verursacht. Durch die seit dem 1. Januar weggefallenen Steuerbegünstigungen bleiben den Agrarbetrieben kaum wirtschaftliche Mittel. Bankkredite sind für Kleinbauern und auch für viele mittelständische Betriebe nicht zu bekommen. Unter diesen Umständen sind nur die Großbetriebe in einer vergleichsweise vorteilhaften Situation.

Wer sind die größten Akteure auf dem Agrarmarkt?

Circa 74 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind in Privatbesitz. Nur 26 Prozent gehören dem Staat und den Kommunen. Der Agrarmarkt funktioniert in der Ukraine *de jure* nicht: Der Verkauf von Agrarland ist vorübergehend nicht gestattet (sogenanntes Landkauf-Moratorium). Unter diesen Umständen entwickelt sich ein Markt für Pachtland, auch angesichts der starken Migration aus den ländlichen Gebieten und der Alterung der Bevölkerung. Nach einer Studie vom Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung sind über 84 Prozent des genutzten Agrarlands verpachtet. Die Pächter sind in erster Linie große Agrarbetriebe und sogenannte Agriholdings.

Agriholdings sind komplizierte vertikale Strukturen, die verschiedene Produktionseinheiten und Agrardienstleistungen (unter anderem Transport, Speicher, Labors) umfassen. Damit wird die Produktion differenziert und Risiken werden reduziert. Dabei sind Agriholdings kraft Gesetz Agrarbetriebe und genießen eine niedrige Pauschalbesteuerung. Agrarunternehmen sind solche, die nicht weniger als 75 Prozent ihrer Einkünfte aus landwirtschaftlichen Aktivitäten beziehen. Diese Klausel ermöglicht den Agriholdings, auf legalem Weg bis zu 25 Prozent der Unternehmenseinkünfte aus nichtlandwirtschaftsbezogenen Aktivitäten nicht zu versteuern.

Eine offizielle Statistik über Agriholdings existiert nicht. Man spricht von etwa 100 Holdingstrukturen. Nach eigenen Kalkulationen bewirtschaften die zehn größten Agriholdings 6 Prozent der gesamten Agrarfläche und fast 9,5 Prozent des sich in Privatbesitz befindenden Agrarlandes. In letzter Zeit kämpfen die Agrihol-

dings mit den negativen Konsequenzen der nationalen Währungsabwertung. Durch sinkende Agrarpreise und hohe Kreditanteile in den Bilanzen können sie die günstigen Exportbedingungen nicht zu ihrem Vorteil nutzen.

Auf dem staatlichen Sektor kann man zwei große Akteure identifizieren. Eines ist das Staatliche Getreideunternehmen (DPZKU). Es wurde mit der Privatisierung der profitabelsten öffentlichen Agrarbetriebe, Verarbeitungsunternehmen und Dienstleistungseinheiten im Jahr 2011 gegründet. Seitdem sind gegen das DPZKU bereits mehrfach Korruptionsvorwürfe laut geworden. Zunächst eröffnete die Staatsanwaltschaft im Jahr 2012 Ermittlungen gegen das DPZKU wegen des Privatverkaufs von staatlichen Getreidereserven. 2013 erwarb das Unternehmen das Recht, unter der Bürgschaft des Staates Getreidelieferungen nach China durchzuführen. Im Frühjahr 2014 erklärte die chinesische Seite, dass nur 5 Prozent des vereinbarten Importvolumens den Käufer erreicht hätten. Die Lieferungen hatten dennoch die ukrainischen Häfen verlassen. Die Ermittlungen laufen und der chinesische Kredit ist eingefroren. Das DPZKU schreibt rote Zahlen, obwohl es der zweitgrößte Agrarexporteur im Land ist (2014/2015 belief sich sein Anteil an den Gesamtexporten von Getreide und Ölsaaten auf 7 Prozent).

Der zweite staatliche Akteur ist der Agrarfonds. Der Fonds soll direkt bei den Produzenten Getreide ankaufen und damit die Preise auf dem Markt stabil halten (gedacht wird in erster Linie an kleine und mittlere Betriebe). Die Behörde steht aber im Verdacht, große Agrarunternehmen zu bevorzugen. So habe der Agrarfonds in den Jahren 2014 und 2015 72 Prozent des Getreides bei einer der größten Agriholdings (»Rise«) angekauft. Darüber hinaus hat die Internetzeitung Epravda Machenschaften des Agrarfonds mit Beförderungsverträgen enthüllt.

Der Agrarfonds und das DPZKU machen auch gemeinsam Geschäfte. 2011 und 2012 hat eine mit dem DPZKU verbundene Gesellschaft mit Hilfe des staatlichen Leasingprogramms Agrartechnik vom Agrarfonds erhalten, ohne diese zu bezahlen. Letztendlich ist die Gesellschaft im Frühling 2015 Pleite gegangen. Die erstandene Agrartechnik und die Mitarbeiter wurden zügig in eine neue Struktur umgelagert, die weiter mit dem Agrarfonds zusammenarbeitet.

Fazit

Die ukrainische Landwirtschaft setzt stark auf Exporte. Die zurzeit stark beeinträchtigten GUS-Absatzmärkte werden allmählich durch andere Importeure ersetzt. Mehr Bedeutung bekommen asiatische Importeure und die EU. Eine weitere Zunahme der Exporte wäre dabei nicht ohne den Ausbau der Transportinfrastruktur mög-

lich. Dafür braucht das Land dringend Investitionen, die auch in die Maßnahmen für die Erhöhung der Produktionsqualität fließen sollten. Dadurch könnten weitere Märkte erschlossen werden.

Da die Liberalisierung des Handels auf beiden Seiten wirkt, muss die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Agrarproduzenten, auch angesichts der expansi-

ven Agrarexporte aus Drittländern, zusätzlich gestärkt werden. In dieser Hinsicht wird neben den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auch die Schaffung klarer Regeln gefordert. Die heutige Situation, in der der Staat verbundene Strukturen befördert und den Haushalt dadurch benachteiligt, ist unzulässig.

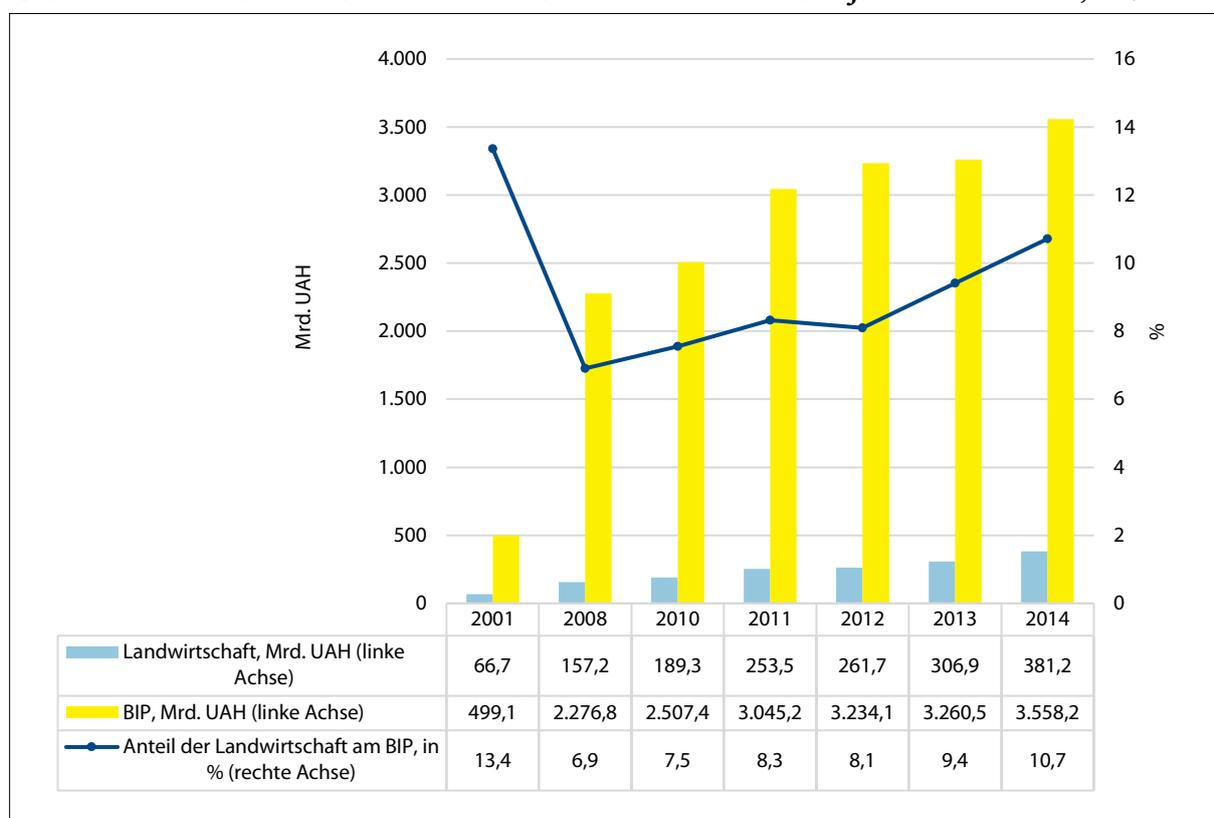
Über die Autorin:

Kateryna Zelenska, LL.M., hat ihre Promotion an der Universität Bremen im März 2016 abgeschlossen. Ihr Schwerpunkt ist die Agrarregulierung im internationalen Handelsrecht sowie in der EU und Ukraine.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

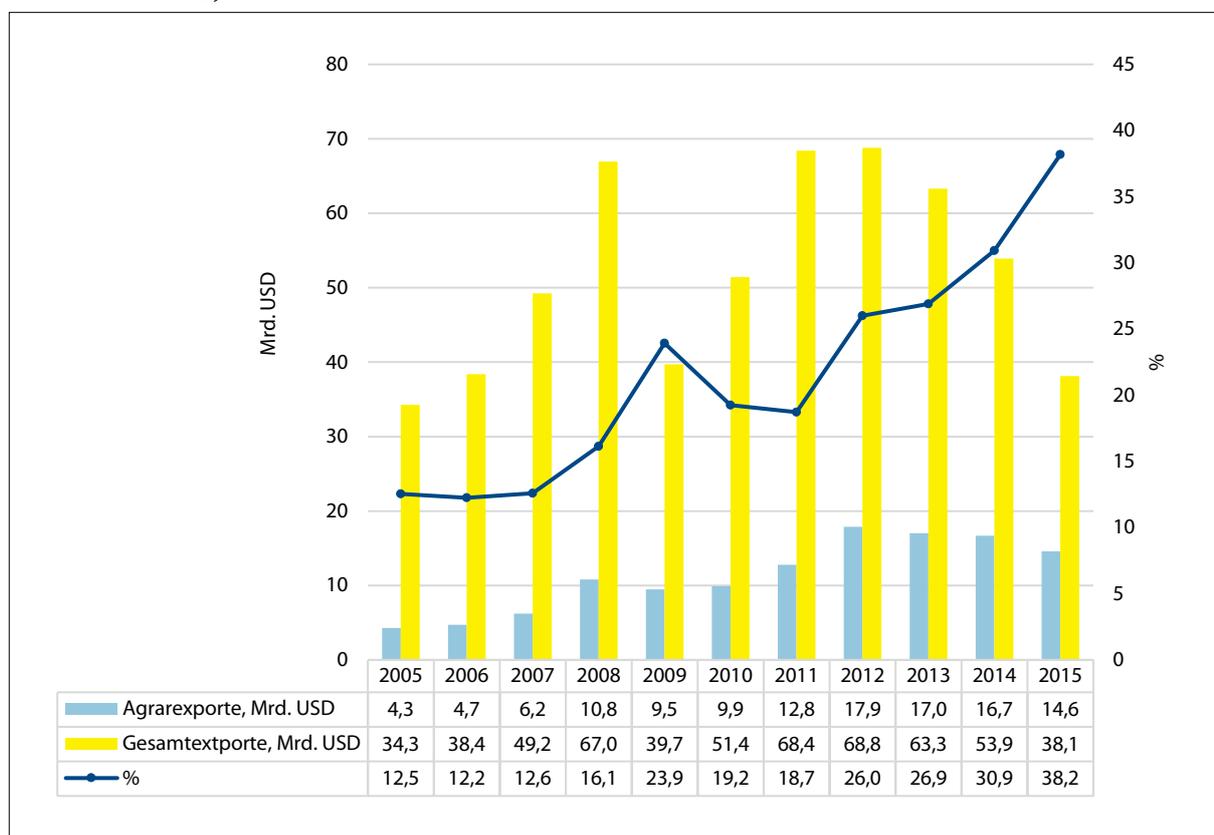
Daten zur ukrainischen Landwirtschaft

Grafik 1: Anteil der Landwirtschaft am ukrainischen BIP in den Jahren 2001–2014, in %



Quelle: Statistikamt der Ukraine, zusammengestellt von Kateryna Zelenska

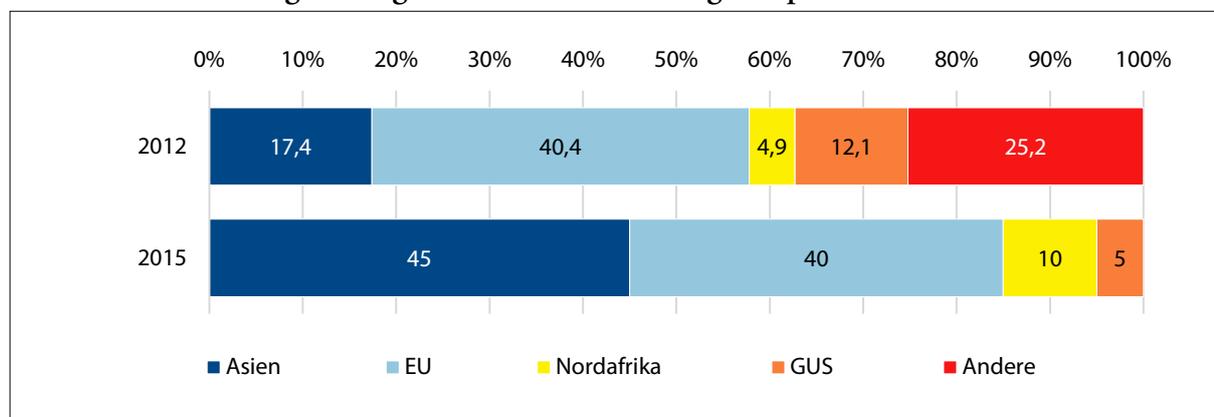
Grafik 2: Anteil der Agrarexporte an den Gesamtexporten der Ukraine in den Jahren 2005–2015, in %



Anmerkung: Daten seit 2014 ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk.

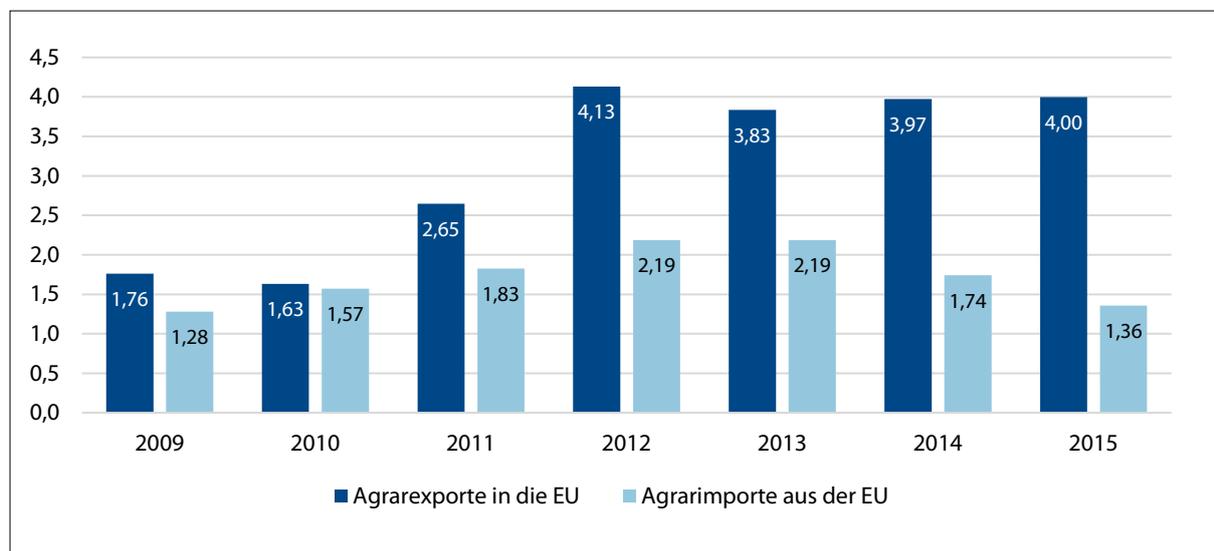
Quelle: Statistikamt der Ukraine, zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen

Grafik 3: Die wichtigsten Regionen für ukrainische Agrarexporte, in %



Quelle: Statistikamt der Ukraine, Agrarministerium der Ukraine, zusammengestellt von Kateryna Zelenska

Grafik 4: Agrarhandel zwischen der EU und der Ukraine in den Jahren 2009–2015, in Milliarden Euro



Quelle: Europäische Kommission, Ukraine-Analysen Nr. 145, S. 7, zusammengestellt von Kateryna Zelenska

Tabelle 1: Produktion und Exporte der wichtigsten Getreidesorten der Ukraine 2013–2014 im Vergleich zu den relevanten DCFTA Zollkontingenten, in Mio. t/Jahr

Produkt	DCFTA Zollkontingent	Produktion 2013	Export 2013/2014	Export in die EU 2013	Produktion 2014	Export 2014/2015	Export in die EU 2014
Weizen	0,95	22,27	9,4	1,02	24,1	10,8	1,05
Mais	0,4	30,9	18,5	6,48	28,4	20,0	7,68
Gerste	0,006	7,56	2,47	0,0122	9,1	4,45	0,0126

Abkürzung: DCFTA – Vertiefte und umfassende Freihandelszone (Deep and Comprehensive Free Trade Area)

Quelle: Statistikamt der Ukraine, US-Department of Agriculture, zusammengestellt von Kateryna Zelenska

Die unersetzliche Atomenergie

Von Olga Koscharnaja, Kiew

Zusammenfassung

Die beständige Produktion von Atomenergie hat trotz der Wirtschaftskrise und des militärischen Konflikts im Osten der Ukraine einen relativ störungsfreien Verlauf der Herbst-Wintersaison 2014/2015 und 2015/2016 ermöglicht. Die russische Aggression hat Branchen-Experten veranlasst, die Diversifizierung der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen für die ukrainischen Atomkraftwerke zu beschleunigen und die maximale Beteiligung der ukrainischen Unternehmen an den Projekten zur Modernisierung und Verlängerung der Lebensdauer von Atomkraftwerken anzustreben. Allerdings behandelt die derzeitige ukrainische Regierung, wie auch ihre Vorgänger, den staatlichen Betreiber der Atomkraftwerke, das Unternehmen Energoatom, als Förderinstitution für andere Arten von Energieerzeugung und für die Erfüllung staatlicher Verpflichtungen. Diese Politik erschwert die Entwicklung der Atomwirtschaft des Landes.

Einleitung

Der bereits seit zwei Jahren andauernde Militärkonflikt und die Wirtschaftskrise haben die ukrainische Atomenergie vor schwere Herausforderungen gestellt, vor allem in Bezug auf die Zuverlässigkeit des gesamten Vereinigten Energiesystems der Ukraine. Die Energieversorgung der Ukraine in den Herbst- und Wintersaisons 2014/2015 und 2015/2016 konnte aus verschiedenen Gründen nur dank der Atomenergie stabil funktionieren: Dies sind zum einen der Mangel an Anthrazitkohle und der Ausfall einiger Wärmekraftwerke, beides bedingt durch den Verlust der Kontrolle über den Donbass. Zum anderen konnten die Wasserkraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke aufgrund der dritten Niedrigwassersaison in Folge nicht mit voller Kapazität arbeiten. 2015 lag der Anteil der Atomenergie am Strommarkt bei 57 Prozent, 2014 bei 50 Prozent. Dies ist der höchste Anteil innerhalb der letzten zehn Jahre, und das, obwohl die 15 Blöcke der ukrainischen Atomkraftwerke nur eine Kapazität von 13,8 Gigawatt haben. Das sind etwa 25 Prozent der Gesamtkapazität des Landes zur Stromerzeugung.

Atomenergie als Instrument der Regierung

Die Atomkraftwerke werden nicht das erste Mal zum »Rettungsring« für die Energiewirtschaft der Ukraine. Aufgrund der Wirtschaftskrise, die dem Zusammenbruch der Sowjetunion folgte, waren die Jahre 1993–1995 für die Stromversorgung der Ukraine kritisch. Die Preise für die traditionellen Energieressourcen stiegen damals deutlich an. Dies führte dazu, dass die Verbraucher phasenweise vom Netz genommen wurden. Fehlende Mittel für den Erwerb von Brennstoffen führten dazu, dass die Wärmekraftwerke nicht genügend Strom liefern konnten, um die Verbrauchsspitzen zu decken. Die Atomkraftwerke dagegen arbeiteten zuverlässig und stabil, zudem wurde Ende 1995 der 6. Block des größ-

ten europäischen Atomkraftwerkes Saporischschja fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Im Jahr 2004 wurden zwei weitere Blöcke, der Block Nummer 4 des Atomkraftwerkes Riwna und der Block Nummer 2 des Atomkraftwerkes Chmelnyzkyj in Betrieb genommen, die die aktuellen Anforderungen an die nukleare Sicherheit erfüllen. Seit der Unabhängigkeit der Ukraine wurde die Kapazität der Wärmekraftwerke, deren überwiegende Mehrheit sich derzeit in Privatbesitz befindet, nicht ausgebaut.

Einerseits haben alle Regierungen die Rolle der Atomenergie anerkannt und dies in offiziellen Dokumenten, wie zum Beispiel in der Energiestrategie der Ukraine bis 2030 und in den Entscheidungen des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, die durch Präsidialerlasse in Kraft gesetzt wurden, festgehalten. Auch in der aktuellen nationalen Sicherheitsstrategie (gültig seit dem 26. Mai 2015) wird festgehalten, dass für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit in Fragen der Energieversorgung die Entwicklung der Atomenergie zusammen mit der Förderung erneuerbarer Energien priorisiert wird. Dabei sollen natürlich alle aktuellen Standards bezüglich der Umwelt, der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes eingehalten werden.

Andererseits haben alle Regierungen die Atomenergie zur Bewältigung rein taktischer Aufgaben genutzt, wie etwa zu Wahlkampfzwecken oder für Lobbyismus. Zu Wahlkampfzwecken wurden Stromtarife für die Bevölkerung so niedrig wie möglich, das heißt auf einem Drittel des tatsächlichen Wertes, gehalten. Außerdem wurden die Unternehmen der regierungsnahen Finanz- und Industriegruppen, ganz zu schweigen von staatlichen Bergwerken und Wasserkanälen, unterstützt, indem sie beim Stromkauf Vergünstigungen auf dem staatlich kontrollierten Stromgroßhandelsmarkt erhielten. Denn bis heute gibt es in der Ukraine einen Stromgroßhandelsmarkt mit einem einzigen Akteur, dem

Staatsunternehmen Energorynok. Alle Energieerzeuger sind dabei verpflichtet, den erzeugten Strom an das Unternehmen zu verkaufen. Die staatlichen Atom- und Wasserkraftwerke verkaufen den Strom zu regulierten Tarifen, die von der Nationalen Kommission für die Regulierung von Energie- und Versorgungsdienstleistungen festgelegt werden. Da die Preise für die Bevölkerung auf einem niedrigen Niveau gehalten werden, erhöht die Kommission den Strompreis für die Industrieunternehmen. So werden die regionalen Energieversorger (die sich mehrheitlich in Privatbesitz befinden) für ihre Verluste entschädigt. Dieses Vorgehen wird Quersubventionierung genannt. Wirtschaftlich ist es nicht zu begründen. In der ganzen Welt, mit Ausnahme von Belarus und der Ukraine, liegt der Strompreis für die Industrie um etwa 30 Prozent niedriger als der für die Bevölkerung. In der Ukraine hingegen belief sich das Volumen der Quersubventionierung im Januar 2016 auf 4.660 Millionen Hrywnja (das entspricht 167 Millionen Euro). Und das, obwohl der Tarif für die Bevölkerung im letzten Jahr bereits zweimal angehoben wurde.

Da der Anteil der Atomkraft am Energiemarkt signifikant ist (44–50 Prozent in den letzten Jahren und 2015 sogar 57 Prozent), haben alle Regierungen die Tarife für Atomstrom niedrig gehalten, um die durchschnittlichen Preise für Energie auf dem Stromgroßhandelsmarkt zu senken. Der Preis für Atomstrom beträgt derzeit nur die Hälfte des Preises für Strom von Wärmekraftwerken. Zu Zeiten der Regierung Asarow lag er sogar nur bei einem Drittel. Ein Problem dieser Preispolitik sind ausstehende Zahlungen für bereits erfolgte Stromlieferungen. Zahlungsrückstände der Energieverbraucher gegenüber Energoatom beliefen sich allein im Jahr 2015 auf mehr als vier Milliarden Hrywnja (etwa 150 Millionen Euro). Die Gesamtschuld von Energorynok gegenüber Energoatom betrug mehr als 11 Milliarden Hrywnja (über 380 Millionen Euro). Diese Summe entspricht dem Wert der gesamten Stromproduktion ukrainischer Atomkraftwerke in einem Zeitraum von vier Monaten. Wie diese Schulden bezahlt werden sollen, wissen weder das zuständige Ministerium noch das Staatsunternehmen Energorynok.

Im Tarif von Energoatom hatten die Kosten für den Erwerb und die Entsorgung von Brennelementen einen Anteil von 52 Prozent, während der Anteil der Investitionen lediglich bei 11 Prozent lag. Dieser Mangel an Investitionsmitteln ist katastrophal. Denn erstens soll die Laufzeit von Atomreaktoren über die geplante Laufzeit hinaus verlängert werden. Zweitens muss schnellstmöglich eine zentrale Lagerstätte für Atom Müll gebaut werden, um einerseits die Abhängigkeit von der Russischen Föderation zu reduzieren, andererseits auch aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile (mit einer Amor-

tisationszeit von zwei Jahren). Und drittens muss das Taschlykskaja Pumpspeicherkraftwerk fertiggestellt werden, um den Spitzenverbrauch abfedern zu können. Das Investitionsprogramm von Energoatom sieht für 2016 nur 3.993 Millionen Hrywnja (139 Millionen Euro) vor. Dies reicht für die Entwicklung und Schaffung neuer Kapazitäten nicht aus.

Ukrainische Beamte sind fest davon überzeugt, dass staatliche Verpflichtungen durch staatliche Unternehmen, und damit zu ihren Lasten, erfüllt werden müssen. Die Regierung hat sich zum Beispiel verpflichtet, die Entwicklung erneuerbarer Energien zu fördern und Strom für arme Haushalte zu subventionieren. Eigentlich müsste dies aus dem Staatshaushalt finanziert werden, in den auch von staatlichen Unternehmen Steuern und Gebühren gezahlt werden. Staatsbetriebe hingegen sollten als kommerzielle Unternehmen gewinnorientiert arbeiten und nicht über Quersubventionierungen private, kostenintensive Energieunternehmen unterstützen. Zur Sicherstellung der Rentabilität privater Unternehmen stehen dem Staat alle erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Diversifizierung

Die Ukraine-Krise hat auch in der EU die Debatte über die Energiesicherheit intensiviert. Die European Energy Security Strategy wurde 2014 veröffentlicht. Im Abschnitt 7.2. »Uran und Brennelemente« wird hier festgestellt, dass die Russische Föderation ein wichtiger Konkurrent für europäische Unternehmen ist. Dies gilt sowohl für die Herstellung von Brennelementen als auch für die Bereitstellung integrierter Pakete für Investitionen in die gesamte Produktionskette der Atomwirtschaft. Besondere Beachtung erhalten in diesem Zusammenhang Projekte zum Bau von neuen Atomkraftwerken in der EU auf Basis sowjetischer Technologien. Hier soll gewährleistet werden, dass keine Abhängigkeit von russischen Atombrennstofflieferungen entsteht. Die Diversifizierung der Lieferungen von Atombrennstoff wird für alle Betreiber von Atomkraftwerken gefordert. Das ist ein absolutes Novum in der europäischen Energiepolitik.

Die Diversifizierung der Versorgung mit Atombrennstoff und den dazugehörigen Dienstleistungen in den verschiedenen Phasen des Atombrennstoffkreislaufs gilt in der Ukraine bereits seit 15 Jahren als eines der wichtigsten Elemente zur Gewährleistung der nationalen Energiesicherheit. So auch in der aktuellen Version der Strategie der Nationalen Sicherheit. Die Fragmentierung gestaltet sich für Atomkraftwerke komplizierter als für Wärmekraftwerke, weil Brennelemente für die ukrainischen Reaktoren weltweit nur von zwei Unternehmen hergestellt werden: TVEL (Russland) und Westinghouse (Japan, USA, Kasachstan).

Die ersten Schritte zur Diversifizierung der Versorgung mit Atombrennstoff hat die Ukraine bereits im Jahr 2000 gemacht, als ein Projekt zur Verwendung von Atombrennstoff der Firma Westinghouse in die Wege geleitet wurde. 2014/15 wurden zudem Bemühungen unternommen, die Dienstleistungen in den verschiedenen Phasen des Atombrennstoffkreislaufs aufzuteilen. Der Liefervertrag zwischen Energoatom und Westinghouse für die Versorgung ukrainischer Atomkraftwerke mit Brennstoff wurde im Frühjahr 2014 verlängert. Ende 2014 wurde eine Ergänzung zu diesem Vertrag unterzeichnet. Diese sieht zusätzliche Lieferungen im Falle höherer Gewalt vor. Am 24. April 2015 unterzeichnete Energoatom einen Vertrag mit der französischen Firma AREVA über den Kauf von angereichertem Uran-235. Das angereicherte Uran wird an die schwedische Fabrik von Westinghouse geliefert und dient als Grundlage zur Herstellung von Atombrennstoff für ukrainische Atomkraftwerke.

Das 2010 gegründete ukrainisch-russische Joint Venture zur gemeinsamen Produktion von Atombrennstoff entspricht nicht dem Ziel der Diversifizierung: Alle Unternehmensentscheidungen müssen im Einvernehmen mit dem russischen Partner TVEL getroffen werden, und die Lizenzvereinbarung zum Technologietransfer schreibt die exklusive Verwendung russischer Schlüsselprodukte vor. Nach Beginn des militärischen Konflikts wurde das Projekt eingefroren. Obwohl es die Staatsprüfung für Nuklear- und Strahlensicherheit bestanden hatte, verweigerte die ukrainische Regierung die Genehmigung. Im November 2015 lehnte die zuständige staatliche Regulierungsbehörde die Genehmigung zum Bau einer Brennstoffanlage mit der Begründung ab, dass die Frist für die Einreichung der Bewerbungsunterlagen abgelaufen war.

Die Abhängigkeit der ukrainischen Atomkraftwerke von Brennstofflieferungen aus Russland ist weiterhin beträchtlich. Die Brennelemente der Firma Westinghouse befinden sich immer noch im Probetrieb. Der Kern des Reaktors Nummer 3 des Atomkraftwerks Süd-Ukraine ist erst zur Hälfte mit Brennstoff von Westinghouse gefüllt. 2016 soll Reaktor Nummer 5 mit 42 Brennelementen von Westinghouse gespeist werden. Die langsame Schaffung von Alternativen zu den russischen Brennelementen hat ihre Ursache in einer Reihe von technischen Problemen, die aufgrund hoher Sicherheitsanforderungen nur langsam gelöst werden können. Nach Einschätzung von Experten haben sich die Brennelemente von Westinghouse gut bewährt. Während der gesamten Betriebszeit der Brennelemente wurde kein einziger Fall von Druckentlastung der Brennelemente festgestellt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Diversifizierung ist der Bau einer Lagerstätte für Atomabfälle der Atom-

kraftwerke Riwne, Chmelnyzkyj und Süd-Ukraine. Dies wird zur Zeit auf Grundlage einer Technologie der Firma Holtec International (USA) umgesetzt. Das Atomkraftwerk Saporischschja besitzt ein eigenes Trockenlager für abgebrannte Brennelemente.

Energoatom setzt als Betreiber aller ukrainischen Atomkraftwerke derzeit ein Importsubstitutionsprogramm für die komplette Ausstattung der Atomkraftwerke um. Dabei sollen alle Bauteile von ukrainischen Maschinenbauunternehmen geliefert werden. Nach Schätzung von Energoatom könnte so der Bau von zwei neuen Reaktoren in Chmelnyzkyj bereits zu 70 Prozent mit Produkten von ukrainischen Firmen getragen werden.

Neubauprojekte

Eine andere Möglichkeit die Abhängigkeit von der Russischen Föderation zu minimieren, ist der Bau neuer Reaktoren mit Hilfe von nicht-russischen Unternehmen. Bereits 2005 hat die ukrainische Regierung die Fertigstellung der neuen Reaktoren 3 und 4 des Atomkraftwerkes Chmelnyzkyj beschlossen. Dieses Projekt ist als vorrangige Aufgabe in die aktuelle Energiestrategie bis 2030 und im Dezember 2014 auch in das Arbeitsprogramm der Regierung aufgenommen worden. In Anbetracht der aktuellen Wirtschaftslage ist es aber offensichtlich, dass die notwendigen Investitionsmittel nur über eine externe Finanzierung generiert werden können. Im Sommer 2015 hat die ukrainische Regierung deshalb vorgeschlagen, den Bau der Reaktoren bis 2017 über einen langfristigen Stromliefervertrag mit Polen zu finanzieren.

Während die ukrainische Regierung 2015 unter Berücksichtigung der neuen Sicherheitsanforderungen in der Zeit »nach Fukushima« die Möglichkeit diskutierte, in Chmelnyzkyj zwei neue Reaktorblöcke vom Typ WWER-1000 der Firma Skoda zu verwenden, bezweifelt das Energieministerium seit Anfang 2016 die Zweckmäßigkeit der Errichtung der neuen Reaktorblöcke. Dies geht aus dem auf der Regierungswebseite veröffentlichten Dokument über die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Regierung »Ukraine-2020« hervor.

In Interviews erklärte die Leitung des Ministeriums, dass keine neue Kraftwerke gebaut werden sollen, da der Stromverbrauch des Landes stark gefallen ist. Tatsächlich ist der Stromverbrauch vor allem in der Industrie stark zurückgegangen, im letzten Jahr um 18 Prozent. Darin, das dies als Argument gegen die Schaffung neuer Kapazitäten zur Stromproduktion verwendet wird, zeigt sich, dass die zuständigen Beamte nicht an ein Wachstum der ukrainischen Wirtschaft in den nächsten fünf bis acht Jahren glauben. Denn erst dann wären die neuen Reaktoren betriebsbereit.

Darüber hinaus gibt es auch ein ökologisches Argument für den Bau von neuen Reaktoren. Die Ukraine hat sich zur Umsetzung der Richtlinie 2001/80/EG zur Begrenzung von Schadstoffemissionen durch Großfeuerungsanlagen sowie der Beschlüsse der Klimakonferenz von Paris 2014 verpflichtet.

Hier einige Zahlen, die für sich selber sprechen: Nach Angaben des privaten Energieversorgers DTEK, der dem ukrainischen Unternehmer Rinat Achmetow gehört, erfordert die Erfüllung der Vorgaben der EU-Richtlinie insgesamt Investitionen von 23 Milliarden Euro in die Wärmekraftwerke der Ukraine. Darunter sind 2,5 Milliarden Euro für Anlagen zur Gasreinigung, 16,2 Milliarden Euro für den Ersatz veralteter Kraftwerke und weitere 4,6 Milliarden Euro für den Bau neuer Kraftwerke. Allein der Bau der zwei Reaktoren in Chmelnyzkyj, dessen Kosten in einer Machbarkeitsstudie auf etwa 4 Milliarden US-Dollar geschätzt werden, könnte die Treibhausgasemissionen der ukrainischen Stromwirtschaft um rund 24 Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren. Damit könnte er zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen aus dem Klimaschutzabkommen beitragen.

Perspektiven der Atomwirtschaft

Die erfolgreiche Entwicklung der Atomenergie in der Ukraine erfordert die Einführung eines neuen Modells für den Strommarkt, das transparent, wettbewerbsfördernd und kundenorientiert ist. Verbrauchern sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihren Stromlieferanten selbst zu wählen. Die Energieunternehmen sollten

dazu motiviert werden, die Kosten der Stromerzeugung zu senken, um wettbewerbsfähig zu sein.

Ein entsprechendes Gesetz über die Grundlagen des Strommarktes wurde bereits 2013 verabschiedet. Die zuständigen Regierungsbehörden haben bisher aber noch nicht die Regularien entwickelt, die zur Umsetzung des Gesetzes erforderlich sind. Stattdessen initiierte das Energieministerium die Entwicklung einer neuen Version des Gesetzes, dessen Entwurf unter Experten im Sommer und Herbst 2015 ausführlich diskutiert wurde. Der Gesetzentwurf wurde vom zuständigen Parlamentsausschuss am 30. März 2016 genehmigt und wird in Kürze dem Parlament in der ersten Lesung vorgelegt werden.

In den Übergangsbestimmungen des neuen Gesetzesentwurfes über den Energiemarkt sind die Atomwirtschaft diskriminierende Bestimmungen enthalten, da eine staatliche Regulierung der Tarife vorgesehen ist. Das bedeutet, dass der Staat unter dem Vorwand der Liberalisierung des Strommarktes und des Strebens nach europäischen Standards tatsächlich seine eigene Firma aus dem Markt verdrängt, zum Vorteil der privaten Energieversorger. Damit wird der Geist der Reform – die Schaffung gleicher Bedingungen für alle Teilnehmer des Strommarkts – ad absurdum geführt.

Die ukrainische Atomwirtschaft wurde von allen ukrainischen Regierungen auf ihre Überlebensfähigkeit getestet. Wird die Branche eine weitere Bewährungsprobe durch einen verzerrten Energiemarkt überstehen? Noch haben wir keine Antwort auf diese Frage.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

Über die Autorin:

Olga Koschornaja arbeitet seit fünf Jahren als Direktorin für Öffentlichkeitsarbeit bei der Vereinigung »Ukrainian Nuclear Forum«. Sie hat am Moskauer Mendelejew-Institut für Chemische Technologie studiert und promoviert. Vor ihrer derzeitigen Tätigkeit arbeitete sie als Abteilungsleiterin in der nationalen Regulierungsbehörde für Nuklear- und Strahlensicherheit der Ukraine sowie als leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nationalen Institut für Strategische Studien.

Die Risiken der Abhängigkeit von Atomkraftwerken in der Ukraine¹

Von Iryna Holovko, Kiew

Zusammenfassung

Dreißig Jahre nach der weltweit größten Atomkatastrophe in Tschernobyl ist die Ukraine noch immer stark von Kernenergie abhängig. Es ist also höchste Zeit für die Ukraine, den Weg des Ausstiegs aus der Atomtechnologie einzuschlagen.

Aufgrund alternder Reaktoren, des militärischen Konflikts im Osten des Landes und des ungelösten Problems radioaktiver Abfälle steigen nun die Risiken. Gleichzeitig stagniert der Energieverbrauch, und alternative Technologien entwickeln sich rasant.

Atomenergie in der Ukraine 2016 – ein Überblick

Nach der Tragödie von Tschernobyl im April 1986 wurden die verheerenden Folgen der »friedlichen Atomnutzung« deutlich und erhielten Anerkennung sowohl von der Ukraine als auch von vielen anderen Ländern weltweit. Nachdem die Ukraine 1991 ihre Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde ein Moratorium für den Bau neuer Atomkraftwerke verhängt. Existierende Kraftwerke durften aber weiter betrieben werden. 1993 wurde das Moratorium aufgehoben, und von 1996–2004 wurden drei neue Reaktorblöcke gebaut – parallel zur Schließung der drei übrigen Blöcke im Kraftwerk von Tschernobyl.

Heute gibt es 15 aktive Reaktorblöcke in der Ukraine, alle sowjetischer Bauart (s. Tabelle 1 auf S. 19). Sie sind vom Typ WWER und befinden sich an vier Standorten über das ganze Land verteilt. Der letzte Reaktor vom Typ RBMK im Atomkraftwerk Tschernobyl wurde 2001 abgeschaltet.

12 der 15 Blöcke nahmen ihre Arbeit noch zur Zeit der UdSSR auf. Nun, zwischen 2010 und 2020, erreichen alle nach und nach das Ende ihrer vorgesehenen 30-jährigen Lebensdauer. Vier Blöcke erhielten bereits eine Genehmigung für eine Verlängerung der ursprünglich geplanten Laufzeit um 10–20 Jahre (Riwne 1 und 2, Süd-Ukraine 1 und 2).

Die Laufzeitverlängerung aller 12 betreffenden Reaktorblöcke ist Teil der gegenwärtigen Energiestrategie der Ukraine, die zum Ziel hat, den aktuellen Anteil an Atomenergie zu erhalten. Offiziell wird verkündet, dass es notwendig ist, alle Blöcke weiter zu betreiben, da die Regierung eine stabile Energieversorgung und genügend zusätzliche Energie für das erwartete Wirtschaftswachstum sicherstellen muss.

Bis 2014 hatte Atomenergie einen Anteil von bis zu 47 Prozent an der Stromerzeugung der Ukraine. Ende 2015 hatte sich der Anteil auf 56 Prozent erhöht, da sich sowohl der Energiebedarf insgesamt als auch die Erzeugung aus Kohlekraftwerken verringerte. Konfliktbedingt hat die Ukraine die Kontrolle über Bergwerke im Osten verloren. Die Kohleförderung ist stark eingebrochen, sodass nicht genügend Brennstoff zur Verfügung steht. Die absolute Stromerzeugung durch Atomkraftwerke ging 2015 dennoch um 0,83 Prozent zurück, denn zeitgleich schrumpfte die Stromnachfrage im Land insgesamt. Der Anteil der Kernenergie an der Primärenergieversorgung des Landes lag 2014 bei 22 Prozent.

Fünf Risiken der Abhängigkeit von Atomkraftwerken in der Ukraine

Legt man die Kriterien der Energiesicherheit zugrunde ist vor allem die Konzentration der Hälfte der Stromerzeugung auf nur vier Kraftwerksstandorte riskant. Im Dezember 2014 führte ein Zwischenfall in Block 3 des Kraftwerkes in Saporischschja zum Abschalten des Reaktors (s. Dokumentation in den Ukraine-Analysen 144). Dieser Block produziert mehr als 4 Prozent der Energie für die Ukraine, und das Abschalten führte zu Stromausfällen in großen Teilen des Landes sowie zu einer Panik in den europäischen Medien und der Öffentlichkeit. Je größer der Anteil an zentralisierter Energieproduktion eines Landes ist, umso höher sind auch die Risiken für die Energiesicherheit.

Alternde Reaktoren können jedoch nicht nur zu Stromausfällen führen, sondern bergen die große Gefahr von Unfällen, bei denen Radioaktivität austritt. **Die Wahrscheinlichkeit von Unfällen steigt mit dem Alter der Reaktoren.** Auch wenn sie nachgerüstet werden, bleibt das Risiko bestehen, denn sie enthalten Komponenten, die nicht ersetzt werden können, wie den Reaktordruckbehälter und das Containment (Sicherheitsbehälter), deren Zustand sich mit zunehmendem Alter verschlechtert.

Aufgrund der steigenden Gefahren ist es notwendig, dem Thema Atomsicherheit mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die Transparenz von Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Nach Fukushima wurden in ukrainischen Atomkraftwerken Stresstests durchgeführt, doch selbst die dabei festgelegten dringend notwen-

1 Dieser Artikel ist erstmalig auf der Webseite der Heinrich Böll Stiftung am 19.04.2016 erschienen (<<http://www.boell.de/de/2016/04/19/atomenergie-der-ukraine-30-jahre-nach-tschernobyl>>). Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

gen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit werden nicht planmäßig durchgeführt, sondern um Jahre verschoben. Die ukrainische Energiesicherheitsbehörde hat die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung der Reaktorblöcke 2013 und 2015 getroffen, obwohl eine Reihe von unbedingt erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen noch nicht vollständig umgesetzt wurde. 2015 zeigte eine unabhängige Studie von CEE Bankwatch Network, dass ein Reaktordruckbehälter im Block 1 des Kraftwerks Süd-Ukraine mehrere gefährliche Schwachstellen hat, die zum Entstehen von mikroskopisch kleinen Rissen in der Metallhülle des Behälters führen könnten. Der festgestellte Verschleiß an einigen Teilen des Reaktorbehälters übersteigt die Toleranzgrenze bereits um das Zehnfache.

Europäische Geldgeber, namentlich die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und Euratom, finanzieren ein Programm zur Verbesserung der Sicherheit ukrainischer Atomkraftwerke mit Krediten in Höhe von 600 Millionen Euro an das ukrainische Staatsunternehmen Energoatom, das die Kraftwerke betreibt. Diese Kredite wurden 2013 bewilligt und hatten zum Ziel, die Sicherheit der ukrainischen Atomreaktoren zu verbessern. Gleichzeitig waren daran bestimmte Bedingungen und der Wunsch geknüpft, Mitsprache bei der Entwicklung des Atomsektors der Ukraine zu haben. Tatsächlich wurde die EBWE von der ukrainischen Regierung weder konsultiert noch informiert, als diese im September 2015 die Entscheidung traf, die Deadline für die Umsetzung des Programms von 2017 auf 2020 zu verschieben.

Bei der Lieferung des nuklearen Brennstoffs, der Lagerung und Wiederaufarbeitung von verbrauchtem Brennstoff von drei AKW ist die **Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt fast vollständig abhängig von Russland** (Brennstoff von Westinghouse wird derzeit an gerade zwei Blöcken, gemischt mit russischem Brennstoff, getestet). Die andauernde Abhängigkeit der atomaren Energieerzeugung von der Versorgung durch ein Land, das einen militärischen Konflikt mit der Ukraine angezettelt hat, stellt ein ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko dar.

Seit 2005 wird daran gearbeitet, die Lieferungen zu diversifizieren, aber bis heute wurde keine endgültige Entscheidung zur technischen Machbarkeit der Nutzung von Westinghouse-Brennstoff getroffen. Auch gibt es keine Klarheit darüber, wie viel Brennstoff Westinghouse für die Ukraine überhaupt produzieren und liefern kann.

Atomkraftwerke sind für die Nutzung in Friedenszeiten gebaut. Zum ersten Mal in der Geschichte findet in einem Land, das Kernreaktoren betreibt, ein bewaffneter Konflikt statt. Vor 2014 wurde diese Sorge ignoriert und von der Atomindustrie als theoretische und grundlose Angst von Kernkraftgegnern abgetan. Der

fortwährende bewaffnete Konflikt in der Ostukraine verstärkt das Risiko eines atomaren Unfalls aufgrund von Aggressionen wie Sabotage, Terrorangriffen oder Kriegshandlungen. Die Gebäude von Atomreaktoren und die Behälter für Atommüll auf dem Gelände der Kraftwerke können einem möglichen Beschuss oder dem Aufprall eines großen Flugzeugs nicht standhalten. Risiken, die mit militärischen Konflikten und ihrer potenziellen Eskalation einhergehen, sind nicht Teil von Risikobewertungen, die vor Entscheidungen zu Laufzeitverlängerungen durchgeführt werden.

Das Problem der Lagerung von verbrauchtem Atombrennstoff ist nach wie vor ungelöst. In all den Jahren der ukrainischen Unabhängigkeit hat das Land seinen Atommüll aus drei Kraftwerken (Riwne, Süd-Ukraine und Chmelnyzkyj) nach Russland gebracht, wo er wiederaufbereitet und gelagert wurde. Dieser Service kostet das Land jährlich etwa 200 Millionen US-Dollar.

Unterdessen sollte die Ukraine ein Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle bauen, die während der Wiederaufarbeitung entstehen, und nach 2013 sollten diese Abfälle dorthin zurückgebracht werden. Gegenwärtig gibt es jedoch eine Vereinbarung, die Rückkehr des ukrainischen Atommülls bis 2018 zu verschieben; der Bau des Zwischenlagers ist gestoppt, und seine termingerechte Fertigstellung steht in Frage. Ab 2018 wird die Ukraine schwerwiegende Sanktionen erleiden, wenn das Land die radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung seiner alten Brennstäbe nicht zurücknehmen kann.

2013 genehmigte die staatliche Aufsichtsbehörde für nukleare Sicherheit eine Machbarkeitsstudie für den Bau eines zentralisierten Trockenlagers für verbrauchten Brennstoff in der Sperrzone um Tschernobyl. Ende 2015 gewann Holtec International die Ausschreibung für das Projekt. Seitdem erhöhten sich die Kosten von 126 Millionen US-Dollar auf 300 Millionen. Der Bau kann nicht fortgesetzt werden, da sich die Regulierungsbehörde weigert, die Kosten in den Tarif von Energoatom aufzunehmen. Außerdem gibt es Schwierigkeiten bei der Zuweisung von Flächen in der Sperrzone. Ab 2018 wird die Ukraine aber auch keinen Atommüll mehr zur Zwischenlagerung nach Russland schicken können.

Fazit

Obwohl sich in der Ukraine die weltweit schlimmste Atomkatastrophe ereignet hat, bleibt das Land stark abhängig von Atomkraft. Es gibt historische Umstände, die diese Abhängigkeit verstärkt haben: »kostenlose« Kapazitäten zur Energieerzeugung, die von der UdSSR geerbt wurden, kostenloser nuklearer Brennstoff aus Russland in den 1990ern sowie die Praxis aller ukrainischen Regierungen, eine Reihe von Nebenkosten (zum Beispiel für den Bau von Zwischen- und Endlagern für

den Atommüll oder die Stilllegung von Reaktorblöcken) auszulagern. All dies ermöglichte die scheinbar »billige« Kernkraft in der Ukraine.

Atomkraft wird auch von der heutigen Regierung noch als preiswert und »umweltfreundlich« gepriesen, aber in den vergangenen 30 Jahren hat sich die Situation verändert. Die Lebensdauer der meisten Atomreaktoren ist bald vorbei, es gibt keine Möglichkeit, die Lösung des

Problems der Atommülllagerung weiter aufzuschieben, und die Energie- und Atomsicherheit sind aufgrund des Konfliktes mit dem Lieferanten des nuklearen Brennstoffs zu Schlüsselfragen geworden. Es gibt also mehr als genug Gründe für die Ukraine, über ein Ende der Atomkraft nachzudenken.

Übersetzung aus dem Englischen: Susanne Konschak

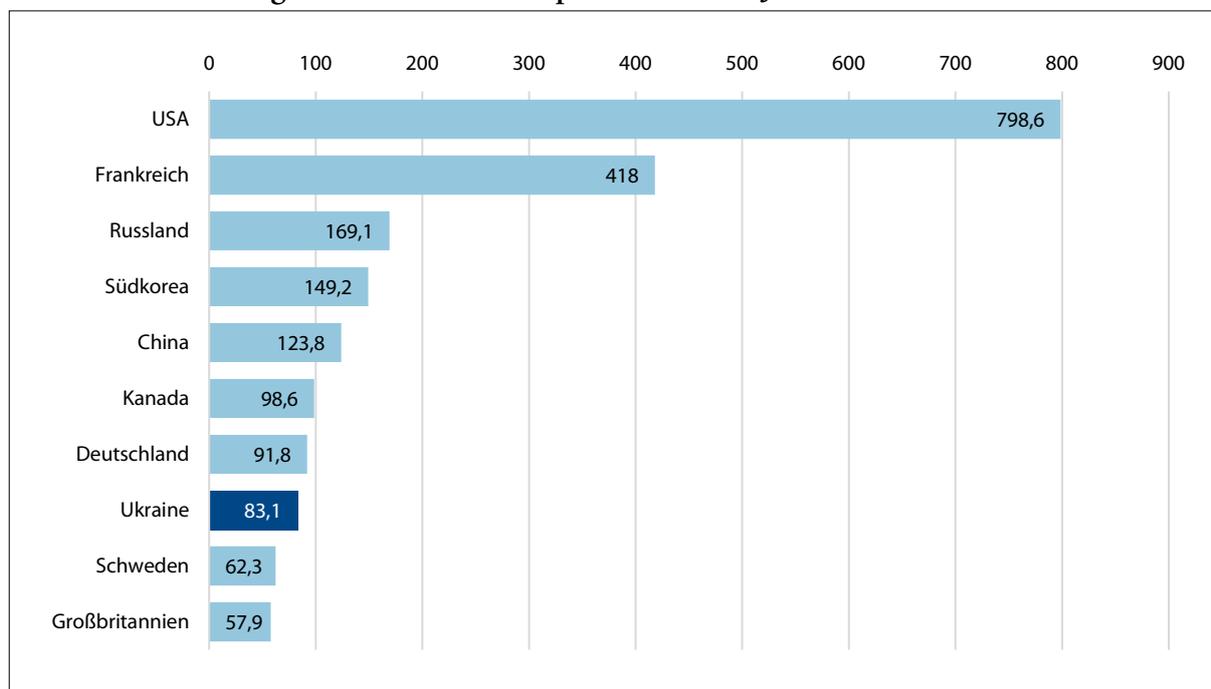
Über die Autorin:

Iryna Holovko ist die Energie-Campaignerin des CEE Bankwatch Netzwerks im Nationalen Ökologischen Zentrum der Ukraine, Kiew. Sie hat ein Studium der Ökologie und des Umweltschutz an der Kyiv Mohyla Akademie mit dem Magister abgeschlossen.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die Ukraine als Nuklearstromproduzent im internationalen Vergleich

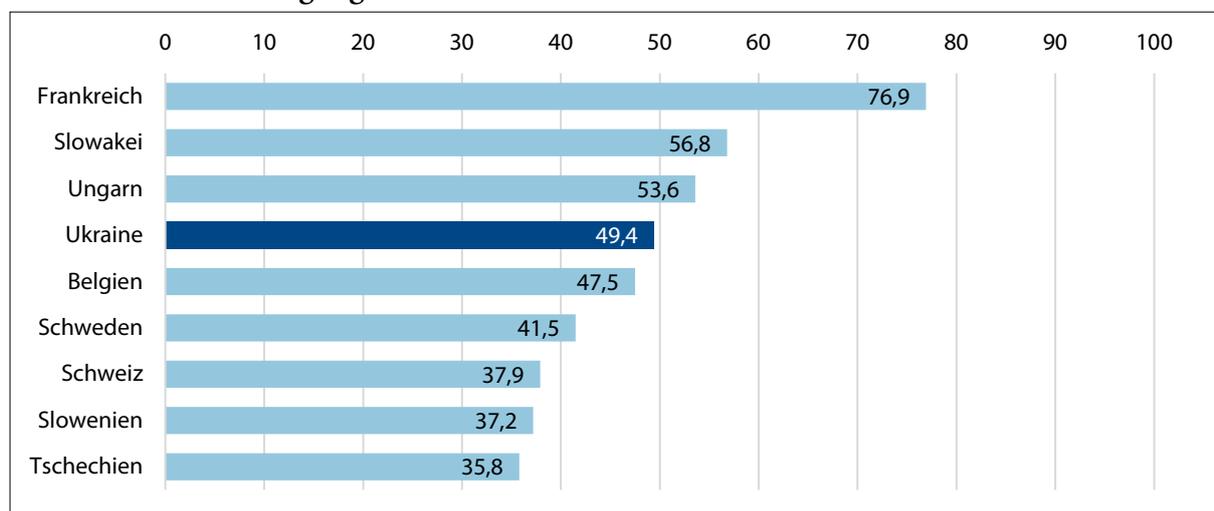
Grafik 1: Die zehn größten Nuklearstromproduzenten im Jahr 2014, in TWh



Gesamtleistung der zehn größten Nuklearstromproduzenten: 2052,4 TWh; produzierter Atomstrom insgesamt: 2410,4 TWh

Quelle: World Nuclear Association, <<http://www.world-nuclear.org/information-library/facts-and-figures/world-nuclear-power-reactors-and-uranium-requireme.aspx>>

Grafik 2: Die zehn größten Nuklearstromkonsumenten im Jahr 2014, in % der nationalen Stromerzeugung



Quelle: World Nuclear Association, <<http://www.world-nuclear.org/information-library/facts-and-figures/world-nuclear-power-reactors-and-uranium-requireme.aspx>>

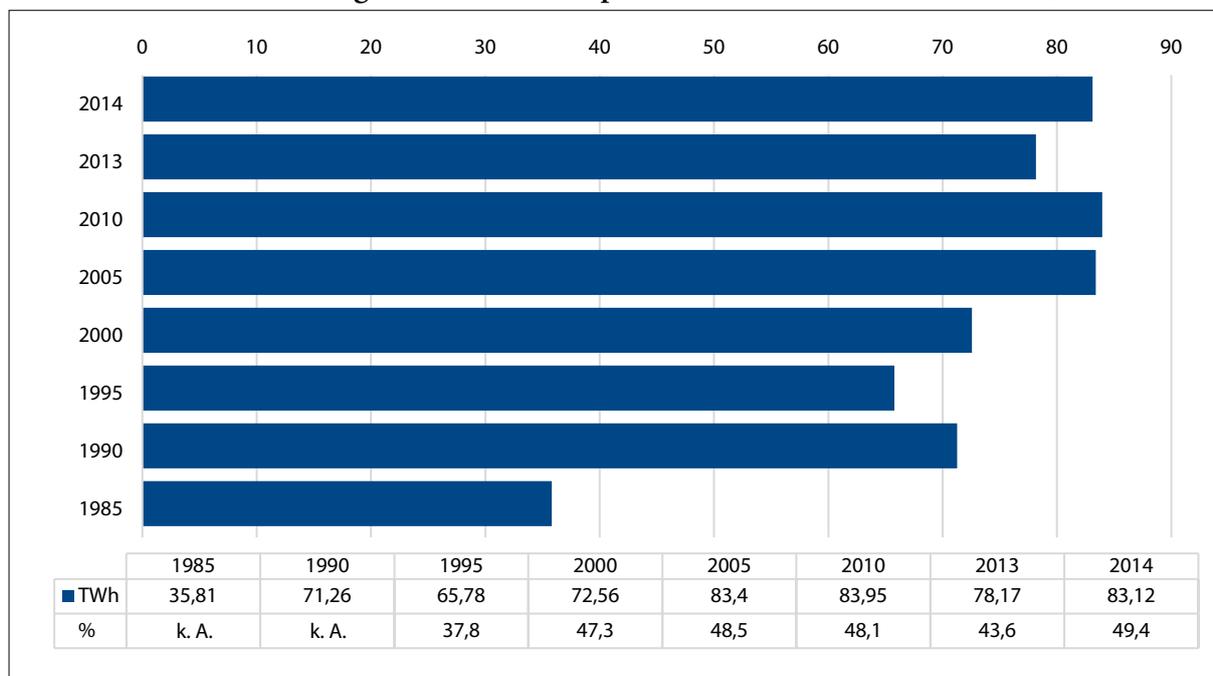
Tabelle 1: Anzahl und Leistung von Kernreaktoren nach Ländern im März 2016

	Bestehende Kernreaktoren		Kernreaktoren im Bau		geplante Kernreaktoren		zum Bau vorgeschlagene Kernreaktoren	
	Anzahl	GW	Anzahl	GW	Anzahl	GW	Anzahl	GW
USA	99	99,0	5	6,2	18	8,3	24	26,0
Frankreich	58	63,1	1	1,8	0	0,0	1	1,8
Japan	43	40,5	3	3,0	9	12,9	3	4,1
Russland	35	26,1	8	7,1	25	27,8	23	22,8
China	30	26,8	24	26,9	42	48,3	136	156,0
Südkorea	25	23,0	3	4,2	8	11,6	0	0,0
Kanada	19	13,6	0	0,0	2	1,5	3	3,8
Ukraine	15	13,1	0	0,0	2	1,9	11	12,0
Deutschland	8	10,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Schweden	9	8,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Großbritannien	15	8,9	0	0,0	4	6,1	9	11,8
<i>Die elf ausgewählten Länder insgesamt</i>	<i>356</i>	<i>333,6</i>	<i>44</i>	<i>49,2</i>	<i>110</i>	<i>118,4</i>	<i>210</i>	<i>238,3</i>
<i>Gesamtanzahl und -leistung weltweit</i>	<i>440</i>	<i>384,0</i>	<i>65</i>	<i>68,9</i>	<i>173</i>	<i>182,4</i>	<i>337</i>	<i>379,2</i>

Quelle: World Nuclear Association, <<http://www.world-nuclear.org/information-library/facts-and-figures/world-nuclear-power-reactors-and-uranium-requireme.aspx>>

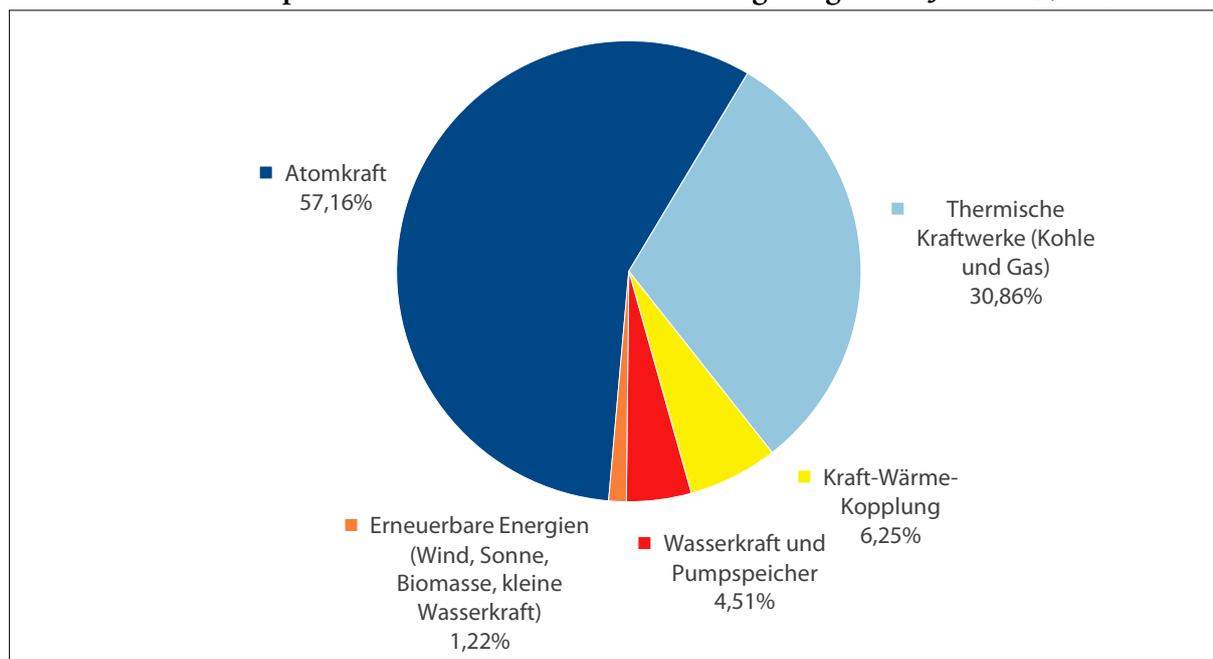
Die Kennzahlen des ukrainischen Nuklearsektors

Grafik 1: Die Entwicklung der Nuklearstromproduktion in der Ukraine seit 1985, TWh



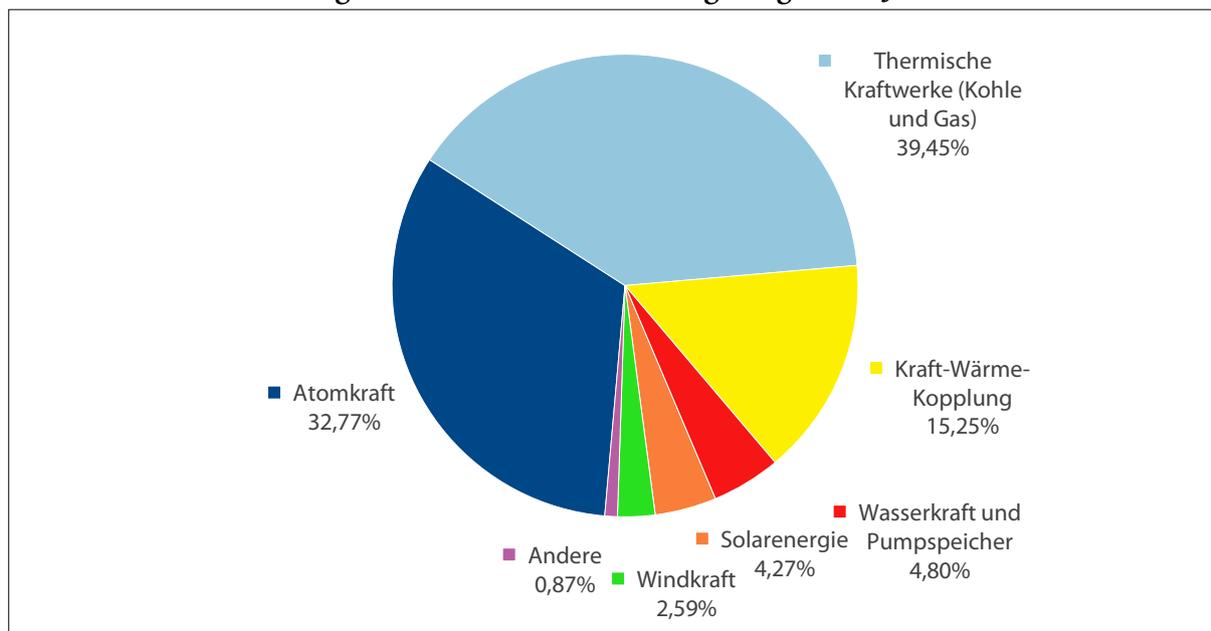
Quelle: International Atomic Energy Agency, »Nuclear Power Reactors in the World 2015« (<<http://www-pub.iaea.org/MTCD/Publications/PDF/rds2-35web-85937611.pdf>>), S. 19

Grafik 2: Die Stromproduktion in der Ukraine nach Energieträgern im Jahr 2015, in %



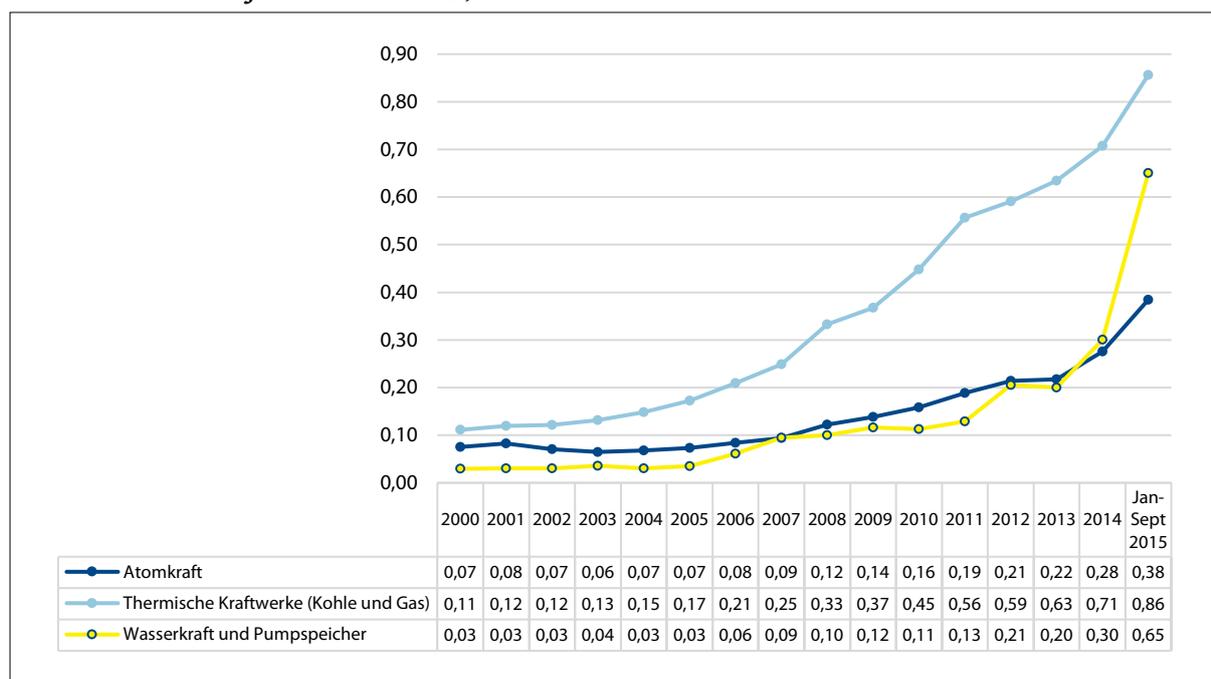
Quelle: Staatsunternehmen »Energhorynok«, <<http://www.er.gov.ua/doc.php?f=3174>>

Grafik 3: Die Struktur der Einnahmen der Stromerzeugungsunternehmen auf dem ukrainischen Stromgroßhandelsmarkt nach Energieträgern im Jahr 2015, in %



Quelle: Staatsunternehmen »Energhorynok«, <<http://www.er.gov.ua/doc.php?f=3174>>

Grafik 4: Durchschnittliche Einpreisvergütung für Strom in der Ukraine nach Energieträgern für die Jahre 2000–2015, in UAH/kWh



Quelle: Olga Koschornaja, nach Angaben des Staatsunternehmens »Energhorynok«.

Die Kernkraftwerke der Ukraine nach Laufzeit

Tabelle 1: Die Kernkraftwerke der Ukraine nach Laufzeit

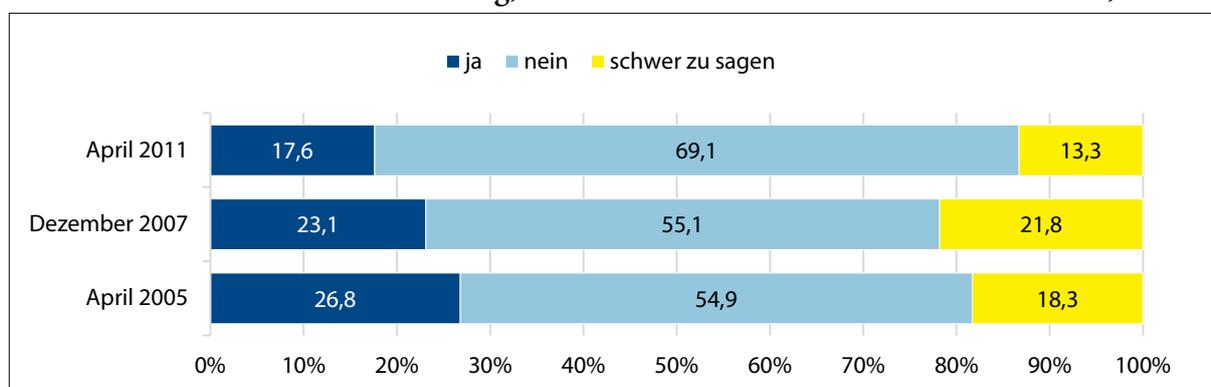
Nr.	Kernreaktor	Gesamtkapazität (in MW)	kommerzieller Betrieb seit	Laufzeitende	Lizenz für Laufzeitverlängerung
1	Riwne 1	420	Sept. 1981	2010	erteilt im Jahr 2010, bis 2030
2	Riwne 2	415	Juli 1982	2011	erteilt im Jahr 2010, bis 2030
3	Süd-Ukraine 1	1.000	Okt. 1983	2012	erteilt im Jahr 2013, bis 2023
4	Süd-Ukraine 2	1.000	Apr. 1985	Mai 2015	erteilt im Jahr 2015, bis 2025
5	Saporischschja 1	1.000	Dez. 1985	Dez. 2015	wird vorbereitet
6	Saporischschja 2	1.000	Feb. 1986	Feb. 2016	-
7	Saporischschja 3	1.000	März 1987	März 2017	-
8	Riwne 3	1.000	Mai 1987	Dez. 2017	-
9	Saporischschja 4	1.000	Apr. 1988	Apr. 2018	-
10	Chmelnyzkyj 1	1.000	Aug. 1988	Dez. 2018	-
11	Saporischschja 5	1.000	Okt. 1989	Feb. 2020	-
12	Süd-Ukraine 3	1.000	Dez. 1989	Mai 2020	-
13	Saporischschja 6	1.000	Sept. 1996	2025	-
14	Chmelnyzkyj 2	1.000	Aug. 2005	2034	-
15	Riwne 4	1.000	Ende 2005	2034	-

Quelle: CEE Bankwatch Network (<<http://bankwatch.org/documents/UANuclear-map.pdf>>), World Nuclear Association (<<http://www.world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-t-z/ukraine.aspx>>)

UMFRAGE

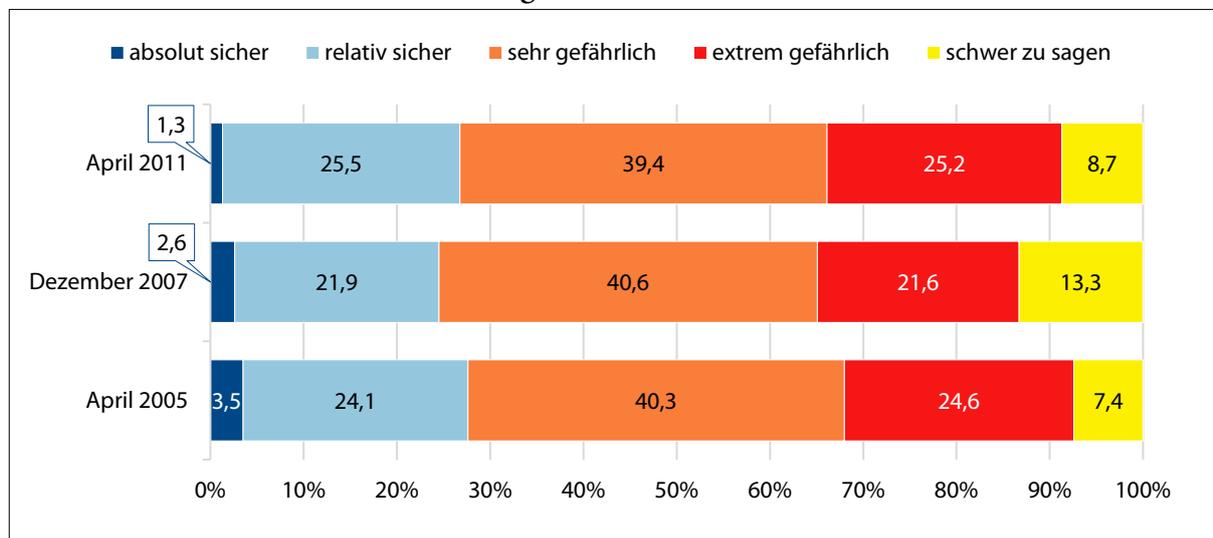
Die Meinung der Ukrainer zur Kernenergie

Grafik 1: Halten Sie es für notwendig, neue Kernreaktoren in der Ukraine zu bauen?, in %



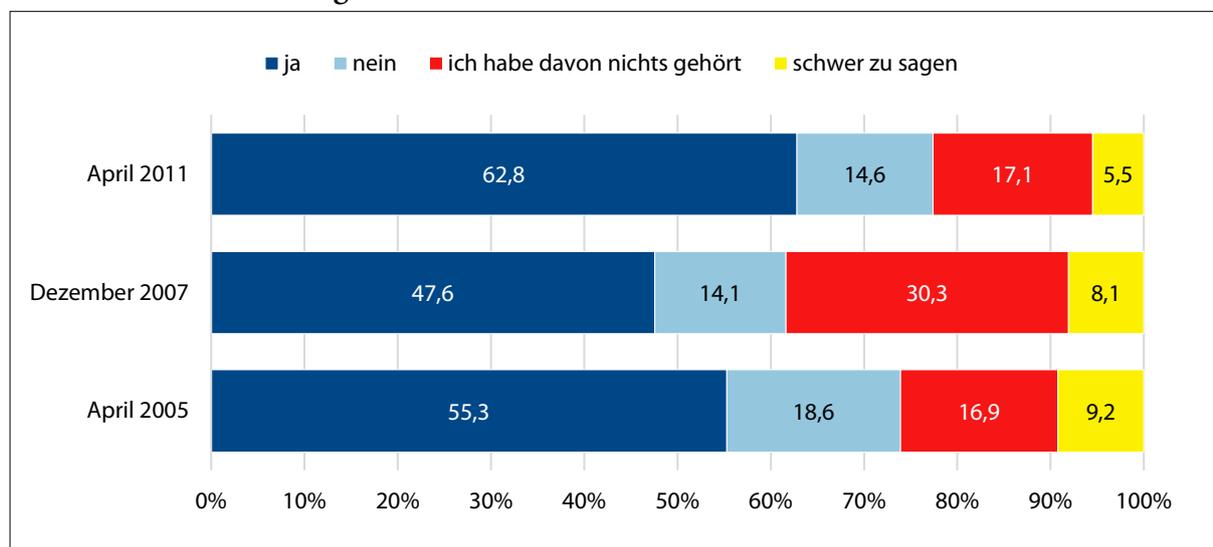
Anmerkung: seit 2011 wurden keine aktuellen Umfragen zu diesem Thema durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums (<http://razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=145>, <www.razumkov.org.ua/upload/PressAtom0411.doc>)

Grafik 2: Inwieweit sind Ihrer Meinung nach die ukrainische Kernkraftwerke sicher?, in %

Anmerkung: seit 2011 wurden keine aktuellen Umfragen zu diesem Thema durchgeführt.

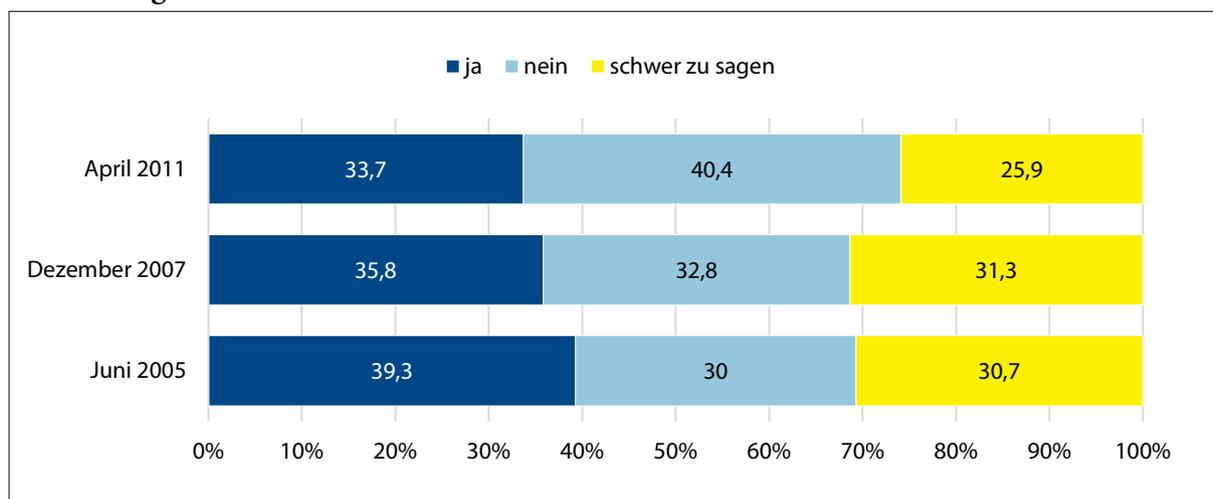
Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums (<www.razumkov.org.ua/upload/PressAtom0411.doc>)

Grafik 3: Sind Sie wegen der Laufzeitverlängerung der bestehenden Reaktorblöcke in der Ukraine besorgt?, in %

Anmerkung: seit 2011 wurden keine aktuellen Umfragen zu diesem Thema durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums (<www.razumkov.org.ua/upload/PressAtom0411.doc>)

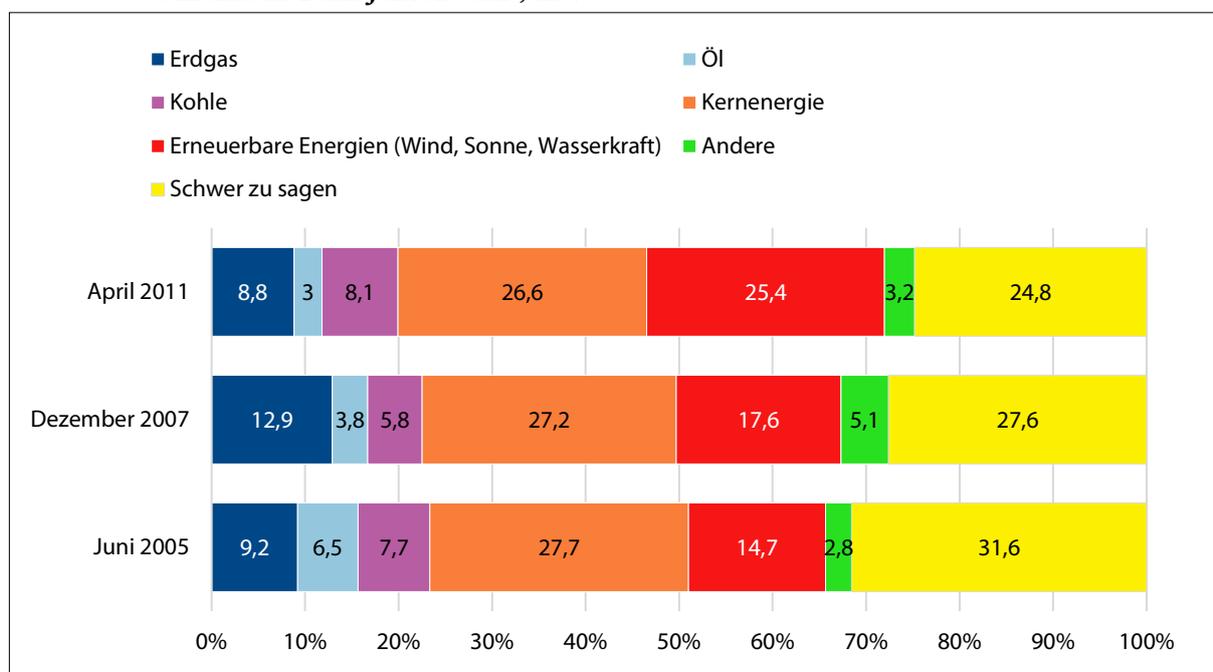
Grafik 4: Kann die Weiterentwicklung der Kernenergie mehr Energiesicherheit in der Ukraine gewährleisten?, in %



Anmerkung: seit 2011 wurden keine aktuellen Umfragen zu diesem Thema durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums (<www.razumkov.org.ua/upload/PressAtom0411.doc>)

Grafik 5: Was wird Ihrer Meinung nach die Hauptquelle für die Stromproduktion in der Ukraine in zehn Jahren sein?, in %



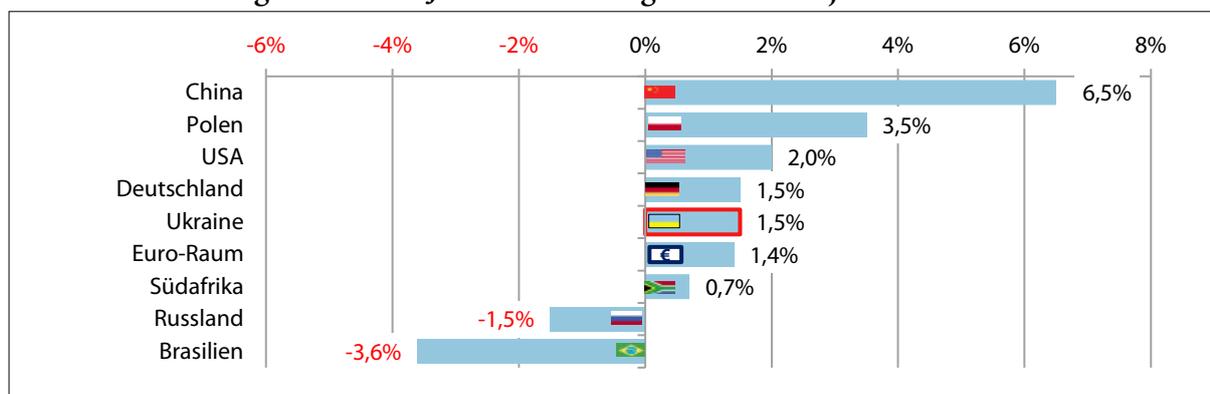
Anmerkung: seit 2011 wurden keine aktuellen Umfragen zu diesem Thema durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums (<www.razumkov.org.ua/upload/PressAtom0411.doc>)

STATISTIK

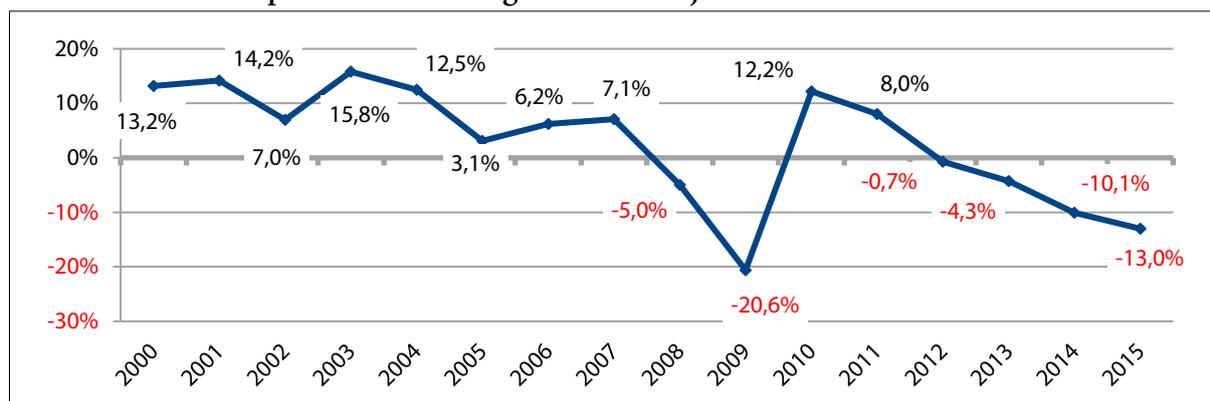
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 03.05.2016.

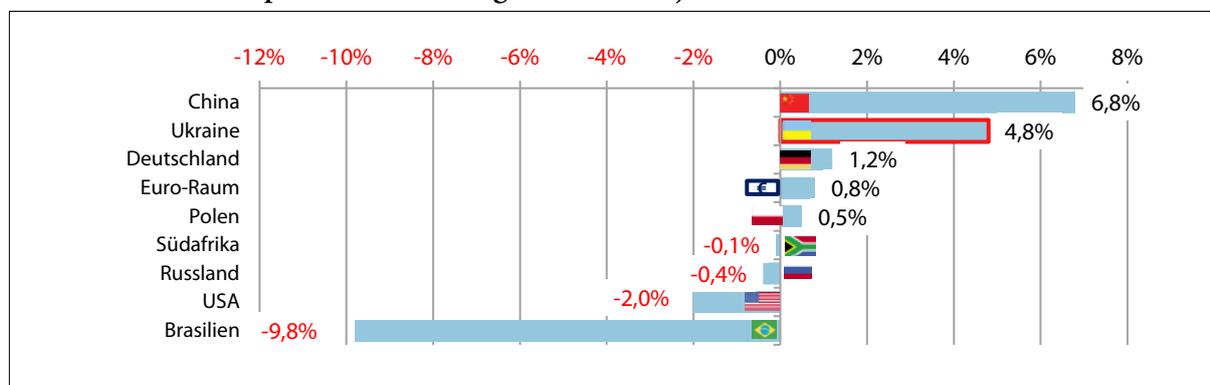
Grafik 2: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010

Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

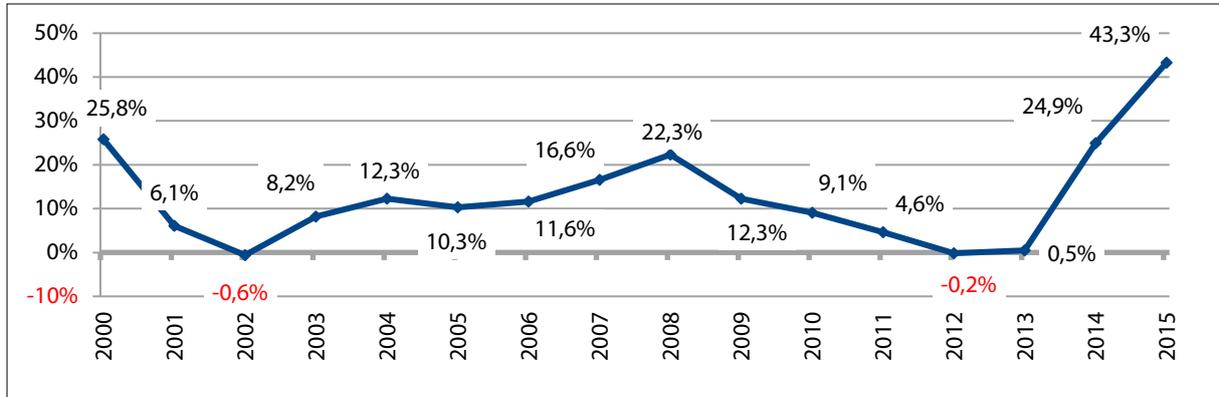
Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat (Februar oder März 2016, in %)



Anmerkung: Zahlen für Brasilien, den Euro-Raum, Südafrika, Deutschland vom Februar 2016, andere Zahlen vom März 2016.

Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 03.05.2016.

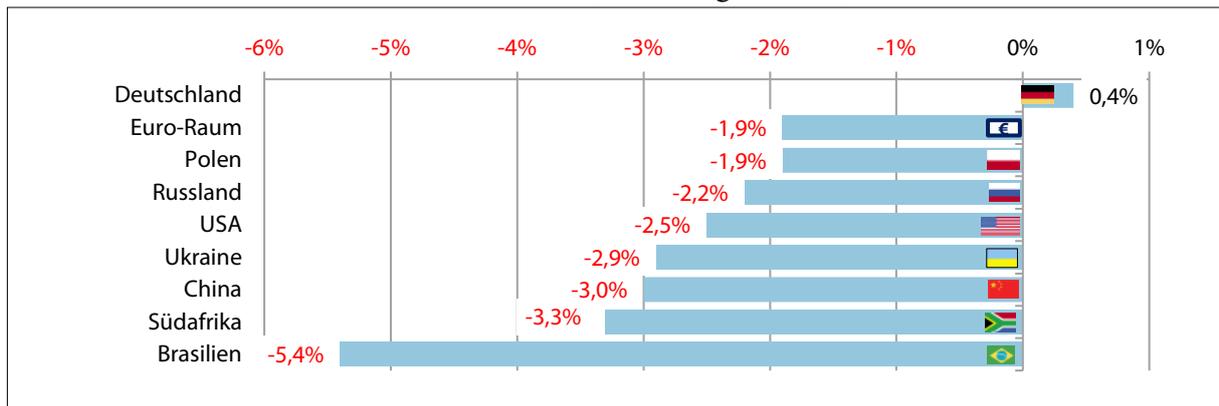
Grafik 4: Inflation im Vergleich zum Vorjahresende (Konsumentenpreise)



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010

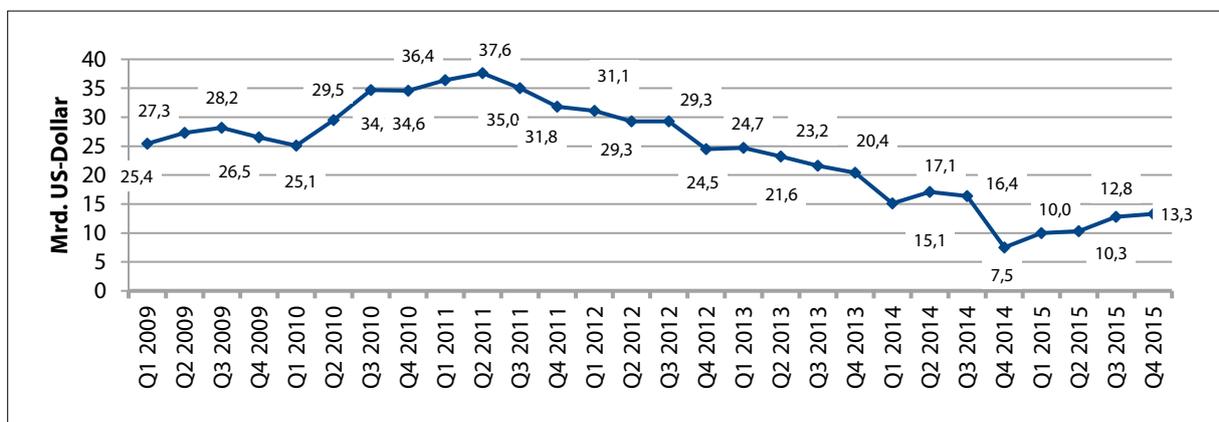
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2016)



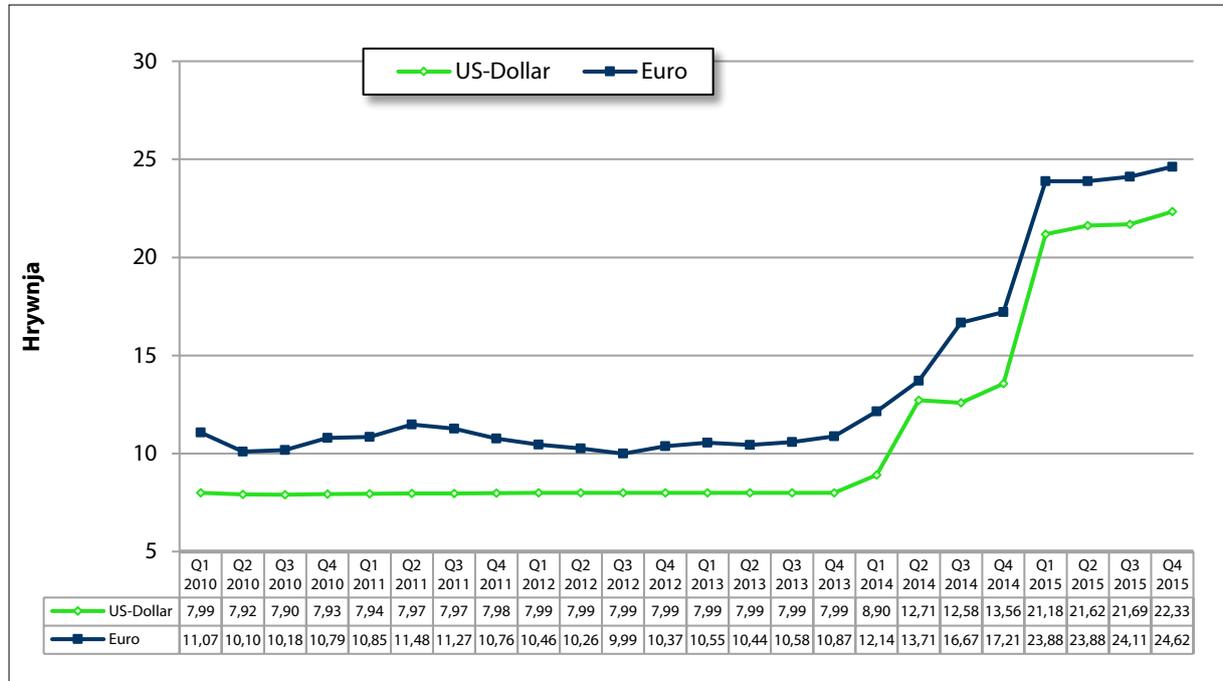
Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 03.05.2016.

Grafik 6: Devisenreserven in Mrd. US-Dollar



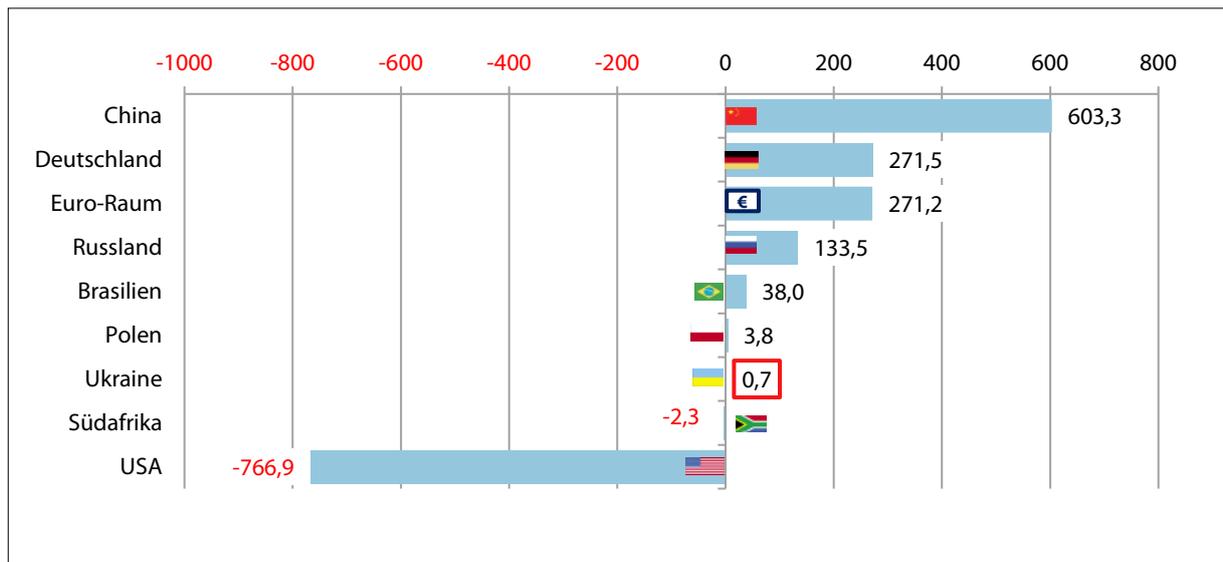
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

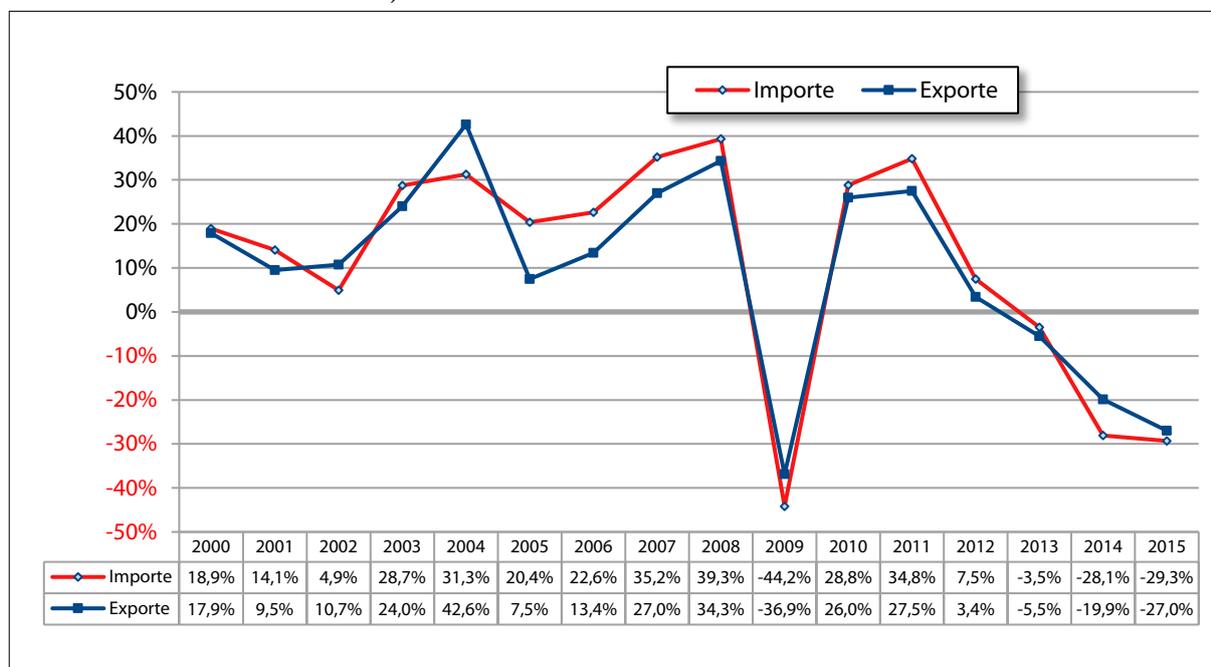
Grafik 8: Handelsbilanz der letzten zwölf Monate in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: Zahlen für Südafrika und China vom März 2016, für Brasilien vom April 2016, andere Zahlen vom Februar 2016.

Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 03.05.2016.

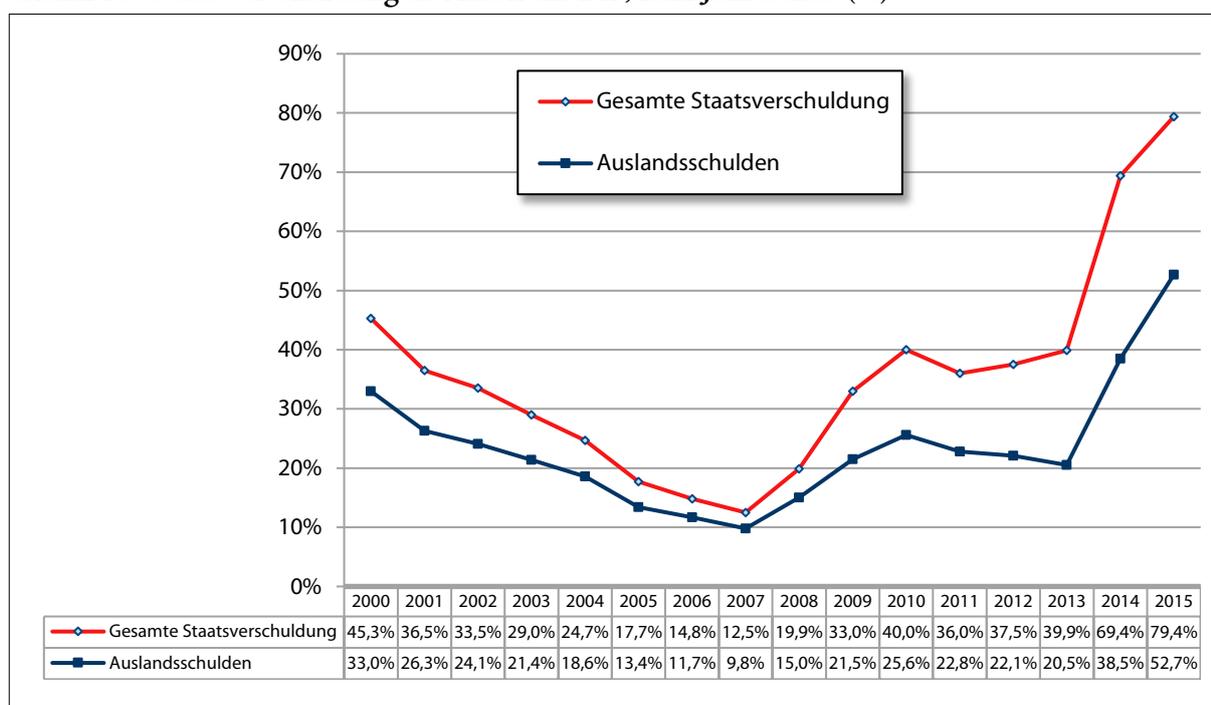
Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahr (Veränderung in % bezogen auf den Wert in US-Dollar)



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 10: Staatsverschuldung als Anteil am BIP, zum Jahresende (%)



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

25. April – 8. Mai 2016

25.04.2016	Auf der Krim wird der Journalist Mykolaj Semena vom russischen Inlandsgeheimdienst vorübergehend festgenommen und verhört. Gegen ihn wird ein Verfahren wegen Separatismus eröffnet. Semena arbeitet für den Sender Radio Free Europe/Radio Liberty.
25.04.2016	Präsident Petro Poroschenko ernennt Generalleutnant Ihor Worontschenko zum Oberkommandierenden der ukrainischen Flotte.
25.04.2016	Die Staatliche Agentur für Filmfragen verbietet die Vorführung von 34 weiteren russischen Filmen und Serien. Dies ist die Folge einer Gesetzesänderung, die am 22. April 2016 in Kraft getreten ist. Das Gesetz verbietet die Vorführung und Verbreitung von Filmen, die in Russland und von russischen Staatsbürgern nach dem 1. Januar 2014 produziert wurden. Unter das Gesetz fallen auch Filme und Serien, die nach 1991 produziert wurden und die russischen Sicherheitsbehörden oder die Armee in positivem Licht darstellen.
26.04.2016	Der neue Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman ernennt Ostap Semerak zum stellvertretenden Umweltminister. Medienberichten zufolge war Semerak im Jahr 2011 in einen Korruptionsskandal verwickelt, als eine Abteilung des Umweltministeriums unter Semeraks Leitung Satellitenbilder von einer österreichischen Firma zu einem stark überhöhten Preis erwarb – obwohl ein erheblich günstigeres Angebot vorlag.
26.04.2016	Ein russisches Gericht auf der Krim gibt der Klage der Staatsanwältin Natalja Poklonskaja statt und verbietet die Tätigkeit der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren – des Medschlis. Das Verbot erfolgt auf Basis der Anti-Extremismus-Gesetze. Einige Vertreter krimtatarischer Organisationen hatten sich zuvor an der Energieblockade der Krim beteiligt. Der Vorsitzende der Organisation, Refat Tschubarow, erklärt, der Medschlis werde nach Kiew umziehen.
26.04.2016	Am dreißigsten Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl eröffnet Präsident Petro Poroschenko ein Biosphärenreservat zum Schutz der Natur in unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle.
26.04.2016	Die EU-Kommission stellt insgesamt 730 Millionen Euro für Projekte mit Bezug zur Katastrophe von Tschernobyl zur Verfügung.
27.04.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigt die Abschaffung der Besteuerung von Renten an. Ein entsprechendes Gesetz solle dem Parlament in Kürze vorgelegt werden.
27.04.2016	Per Verordnung setzt das Ministerkabinett einen einheitlichen Endverbraucherpreis für Erdgas fest. Ab dem 1. Mai 2016 beträgt er 6.879 Hrywnja (etwa 237 Euro) pro 1.000 Kubikmeter. Es schafft damit den vergünstigsten Preis von 3.600 Hrywnja ab, der noch im vergangenen Winter galt. Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman erklärt, das wirtschaftlich schwache Haushalte durch ein gezieltes Subventionssystem unterstützt und nicht unter der Preiserhöhung leiden würden.
27.04.2016	Die Leitung des Gesundheitsministeriums übernimmt kommissarisch Wiktor Schafranskyj. Bei der Umbildung der Regierung am 14. April 2016 war der Posten des Gesundheitsministers zunächst unbesetzt geblieben. Schafranskyj muss nun vom Parlament bestätigt werden.
27.04.2016	Bei der Explosion eines Autos auf dem von Separatisten kontrollierten Gebiet nahe der Frontlinie kommen nach Medienangaben vier Personen ums Leben.
28.04.2016	Präsident Petro Poroschenko ernennt zwei neue Gouverneure. Im westukrainischen Gebiet Riwna übernimmt Oleksij Muljarenko die Amtsgeschäfte, im ebenfalls westukrainischen Gebiet Chmelnyzkyj wird Oleksandr Kornijtschuk Gouverneur.
28.04.2016	Die Vertretung der EU in der Ukraine macht in einem Facebook-Post darauf aufmerksam, dass die Erhöhung der Ausfuhrzölle auf ukrainisches Altmetall, die das Parlament in einem Gesetz am 21. April 2016 beschlossen hatte, nicht im Einklang mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine stehen, das seit dem 1. Januar 2016 in Kraft ist. Sollte das Gesetz in Kraft treten, könne es die Fortführung der makroökonomischen Finanzhilfen der EU gefährden.
29.04.2016	Der Nationale Sicherheitsrat ordnet eine Überprüfung des Radiosenders »Westi« an. Grund ist ein am 15. April 2016 ausgestrahltes Interview mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mykolaj Asarow, der bis Februar 2014 Regierungschef war. Er hatte im Interview erklärt, die »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee richte sich gegen die Einwohner des Donbass, die mit dem Regierungswechsel in Kiew im Frühjahr 2014 nicht einverstanden waren. Hätte es den »Umsturz« nicht gegeben, so Asarow, wäre auch der Krieg im Osten des Landes nicht ausgebrochen. Nach Auffassung des Nationalen Sicherheitsrates verstoßen die Äußerungen unter anderem gegen ein Gesetz, das Aufrufe zum Separatismus verbietet.

29.04.2016	Die Regierung bestimmt Georgyj Tuka zum stellvertretenden Minister für »Fragen der besetzten Gebiete und Binnenflüchtlinge«. Tuka war zuvor von Präsident Petro Poroschenko von seinem Amt als Vorsitzender der Gebietsverwaltung Donezk entlassen worden. An seine Stelle rückt Jurij Harbus, Mitglied des Blocks Petro Poroschenko.
29.04.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern der OSZE, Russlands und der Ukraine vereinbart in Minsk einen vollständigen Waffenstillstand für die Maifeiertage und das orthodoxe Osterfest. Die Waffenruhe soll am 30. April 2016 um 00:00 Uhr beginnen. Der bisher geltende Waffenstillstand wird zurzeit immer wieder verletzt.
30.04.2016	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier kündigt ein weiteres Treffen im Normandie-Format an. Die Gespräche zwischen Vertretern Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands sollen am 11. Mai 2016 in Berlin stattfinden. Zuletzt waren die Kämpfe im Donbass wieder intensiver geworden, es hatte erneut Todesopfer gegeben.
01.05.2016	Das orthodoxe Osterfest findet statt.
01.05.2016	Zum 1. Mai 2016 werden der Mindestlohn, die Mindestrente und das Existenzminimum um 6% angehoben. Der neue Mindestlohn beträgt 1.450 Hrywnja (etwa 50 Euro), die Mindestrente 1.130 Hrywnja (etwa 39 Euro) und das Existenzminimum wird auf 1.399 Hrywnja (etwa 48 Euro) festgesetzt.
02.05.2016	Zum zweiten Jahrestag der Brandkatastrophe im Gewerkschaftshaus von Odessa fordert der EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, die unabhängige und transparente Aufklärung der Ereignisse. Am 2. Mai 2014 waren über 40 Menschen bei einem Brand im Gewerkschaftshaus in Odessa ums Leben gekommen. Unter den Todesopfern waren mehrheitlich Anhänger des pro-russischen »Antimaidan«. Zuvor war es zu Zusammenstößen zwischen ukrainischen Nationalisten und Aktivisten des Euromaidan einerseits und Anhängern des Antimaidan gekommen.
02.05.2016	Die Vorsitzende der Nationalen Polizei Chatia Dekanoidse erklärt, die Polizei habe die Situation in Odessa unter Kontrolle. Es war dort im Vorfeld zum zweiten Jahrestag der Brandkatastrophe vom 2. Mai 2014 zu kleineren Zusammenstößen zwischen Demonstranten verschiedener politischer Orientierung gekommen. Es waren daraufhin mehrere Tausend zusätzliche Sicherheitskräfte in die Stadt verlegt worden.
03.05.2016	Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, in Libyen seien 13 ukrainische Staatsbürger aus der Gefangenschaft bei der Terrororganisation IS freigekommen.
04.05.2016	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass Separatisten im Gebiet Donezk den Beobachtern den Zugang zu zwei Gebieten verwehrt hätten. Auf dem Gebiet, das von der Ukraine kontrolliert wird, habe ein Angehöriger der ukrainischen Streitkräfte die Beobachter an der Weiterfahrt gehindert.
04.05.2016	Nach Angaben der Zeitung »Wirtschafts-Prawda« wird sich vom 10. bis zum 18. Mai eine Delegation des Internationalen Währungsfonds in Kiew aufhalten. Die Gruppe unter der Leitung von Ron van Ruden überprüfe den Fortschritt der makroökonomischen Reformen.
05.05.2016	In einer Kohlezeche auf dem Gebiet der »Volksrepublik Luhansk« ereignet sich ein Grubenunglück. Zwei Bergleute kommen nach Angaben einer Nachrichtenagentur der Separatisten ums Leben, acht weitere sind verschüttet.
05.05.2016	Die staatliche Kommission für die Regulierung von Energieversorgung und kommunalen Dienstleistungen hebt die Tarife für Fernwärme zum 01. Juli 2016 um durchschnittlich 75– 90 Prozent an. Die Kommission begründet den Schritt mit der Erhöhung des Gaspreises, die die Regierung am 27. April 2016 bekanntgegeben hatte.
06.05.2016	Der Gouverneur des Gebietes Transkarpatien, Hennadyj Moskal, bittet den Ministerpräsidenten Wolodymyr Hrojsman in einer öffentlichen Stellungnahme um seine Abberufung. In Transkarpatien, das an die Slowakei und Ungarn grenzt, habe sich – teilweise mit Unterstützung von Politikern und Beamten – eine Tabakmafia gebildet, die professionell Tabakwaren schmuggle. Er habe den Kampf gegen die organisierte Kriminalität verloren und sehe keinen Sinn darin, sein Amt weiter auszuüben. Ministerpräsident Hrojsman erklärt auf Facebook, er werde den Präsidenten nicht um die Abberufung Moskals bitten. Die Arbeit müsse fortgesetzt werden. Er kündigt an, das Personal der Zollbehörde durch öffentliche Ausschreibungen neu besetzen zu lassen.
07.05.2016	Präsident Petro Poroschenko erklärt in einer Stellungnahme, dass der Gouverneur des Gebietes Transkarpatien, Hennadyj Moskal, seine Arbeit fortsetzen und »entschlossen gegen den Schmuggel in Transkarpatien kämpfen« werde. Am Vortag hatte Moskal um seine Abberufung gebeten, da er der organisierten Kriminalität in dem Gebiet nicht Herr werde.

08.05.2016	Die in Russland zu 22 Jahren Haft verurteilte ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko zahlt nach Angaben ihrer Mutter eine Strafe in Höhe von 30.000 russischen Rubeln für den illegalen Übertritt über die ukrainisch-russische Grenze im Jahr 2014. Dies legen ihr die russischen Behörden zur Last. Sawtschenko hat nach Angaben ihrer Mutter durch die Zahlung nicht eingestanden, tatsächlich freiwillig nach Russland eingereist zu sein. Im Laufe des Prozesses gegen sie hatte sie immer wieder erklärt, von Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« aus der Ukraine nach Russland verschleppt und dort dem russischen Geheimdienst übergeben worden zu sein. Die Strafe habe sie gezahlt, um eine Überstellung in die Ukraine im Rahmen eines Gefangenaustausches zu ermöglichen.
------------	--

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

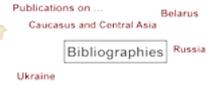
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php